



## Protokoll

der 38. - 41. Sitzung, Amtsjahr 2019 / 2018

### **9. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt. Ausgabenbewilligung für die Realisierung und Widmung von zwei Parzellen sowie Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans und der Lärmempfindlichkeitsstufe, Änderung des Wohnanteilsplans, Änderung von Bau- und Strassenlinien sowie Einschränkung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 165 im Gebiet Entenweidstrasse, Luzernerring-Brücke sowie Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission**

[09.01.19 10:25:31, BRK / BKK, BVD, 18.0044.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt mit ihrem Bericht 18.0044.02, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

*Jeremy Stephenson, Präsident BRK:* Der vorliegende Ratschlag beinhaltet zwei grosse Fragenkomplexe, nämlich die bau- und zonentechnischen Voraussetzungen für den Neubau auf der einen Seite sowie die Finanzierung des Neubaus auf der anderen Seite.

Unter den zahlreichen näher untersuchten Standorten für die beiden Institutionen erwies sich derjenige beim Bahnhof St. Johann als deutlich am besten geeignet. Beide Institutionen können gemeinsam auf dem gleichen Areal gebaut werden. Der Projektperimeter liegt auf dem ehemaligen SBB-Areal an der Entenweidstrasse und umfasst gegen 5'500 m<sup>2</sup> Grundfläche. Ich möchte einfügen, dass die Gegner des Neubaus für ihr Projekt in der Stadt 5'500 m<sup>2</sup>, wahrscheinlich noch in der Schutzzone finden müssten, um dort einen Neubau hinzustellen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Das jetzige Areal diene als Parkplatz und als vorübergehender Stellplatz für Fahrende. Das Areal grenzt im Süden und Westen an das Gleisareal der SBB, im Norden steht die Luzernerringbrücke und im Osten die Entenweidstrasse. Immobilien Basel-Stadt hat das Terrain von den SBB gekauft, in einem anonymen Projektwettbewerb ging das Team um EM2N Architekten aus Zürich als Sieger hervor.

Der Entwurf schafft für das Staatsarchiv mit einer Reihung der öffentlichen, halböffentlichen und internen Arbeitsbereiche im obersten Stock des viergeschossigen Baukörpers ideale Voraussetzungen für die betrieblichen Abläufe. Die Magazine des Staatsarchivs befinden sich im vierten und fünften Untergeschoss. Dem Museum ermöglicht die innerräumliche Struktur des Gebäudes die Umsetzung eines neuen Ausstellungskonzepts, welches die einzigartigen Sammlungen in den Museumsrundgang integriert und den Besuchenden auch Einblicke in die Werkstätten und Präparatorien gewährt.

Das Raumprogramm des Neubaus umfasst rund 19'700 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche. Davon entfallen rund 11'700 m<sup>2</sup> auf das Museum, rund 6'800 m<sup>2</sup> auf das Staatsarchiv und rund 1'200 m<sup>2</sup> auf gemeinsame Bereiche. Es wird immer über den Neubau des Museums gesprochen, es wird aber immer vernachlässigt, dass das Staatsarchiv immerhin 6'800 m<sup>2</sup> Fläche beansprucht. Das ist nicht eine *quantité négligeable*, sondern eine riesengrosse Kiste neben dem Neubau des Naturhistorischen Museums.

Der klar gesetzte und einfach gegliederte langgestreckte Baukörper wird durch die schlank ausgebildete 40 Meter hohe Turmscheibe an der Luzernerringbrücke abgeschlossen. Mit dem grosszügigen gemeinsamen Eingangsbereich, der sich in Richtung Vogesenplatz orientiert, wird ein öffentlicher Ort geschaffen, der zum Austausch zwischen den Kulturinstitutionen und dem Quartier einlädt. Vor Jahren wäre ein Museum an diesem Ort im damaligen Industriequartier St. Johann wohl undenkbar gewesen. Die fortschreitende Entwicklung des St. Johann-Quartiers zu einem beliebten urbanen Wohn-, Forschungs- und Kulturquartier hat zu einer massiven Qualitätssteigerung in diesem Stadtteil beigetragen. Man denke nur zum Beispiel an das Lysbüchel, Volta Plus, Volta Nord, die Umgestaltung des Vogesenplatzes, das Einrichten von Restaurants, Cafés, Läden, Wohnungen und die Primarschule. In diesem Setting tragen das Museum und das Staatsarchiv ganz entscheidend zu einer Steigerung der Lebensqualität in diesem Quartier bei und unterstützen den Wandel in diesem Stadtteil.

Schliesslich ist anzufügen, dass dieser Standort durch den öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen ist. Der Bahnhof St. Johann ist heute ein S-Bahnhof mit Zugverbindungen nach Basel SBB sowie Saint Louis und Mulhouse. Der Vogesenplatz ist an das städtische Tram- und Busnetz angeschlossen, der ÖV-Knoten Kannenfeldplatz liegt in Gehdistanz. Der neue

Standort ist in 10 Minuten von der Stadtmitte oder vom Bahnhof SBB entfernt. Es sind keine Besucherparkplätze geplant, doch liegt das nächste Parkhaus im Coop-Parking Vogesenplatz und beinhaltet dort rund 100 Parkplätze.

Der Neubau ist auch für den Veloverkehr gut erreichbar. Veloabstellplätze werden eingangsnah vor dem Gebäude eingerichtet, gedeckte Abstellplätze für die Mitarbeitenden sind ebenfalls vorhanden. An Spitzentagen kann auf die Velostation Bahnhof St. Johann ausgewichen werden, die 300 sichere und gedeckte Abstellplätze für Velos zur Verfügung stellt.

Schliesslich gilt noch zu erwähnen, dass gemäss Angaben der Leitung des Naturhistorischen Museums rund 95% der Besuchenden einen Besuch im Museum planen. Das heisst, es gibt sehr wenig Laufkundschaft. Dies gilt umso mehr für das Staatsarchiv, hier kann man wohl von fast 100% geplanten Besuchen ausgehen. Aus diesem Grund spielt es überhaupt keine Rolle, ob sich das Museum in der Stadtmitte oder in einem aufstrebenden urbanen Wohn-, Kultur- und Forschungsgebiet befindet. Die Familie, die Schulklasse, der Tourist - alle planen den Besuch im Naturhistorischen Museum. Es ist heute nicht so, dass sich diese Leute in die Augustinergasse verirren und dann spontan entscheiden, dass sie den Berri-Bau besichtigen wollen.

Was die nutzungsplanerischen Massnahmen anbelangt, so gilt vorweg festzuhalten, dass die heutige Grundordnung auf eine gewerbliche Nutzung des Areals zielt. Mit der nun angestrebten kulturellen Nutzung ist die Zuordnung des Areals zur Zone von Nutzungen im öffentlichen Interesse zweckmässig. Speziell für den Neubau wird im Bereich südlich des Viadukts ein neuer Bebauungsplan geschaffen. Über diesen Bebauungsplan wird die in der Zone Nutzungen im öffentlichen Interesse gewünschte Nutzung festgelegt und andererseits über weitere Vorschriften eine für diesen Ort bessere Bebauung gewährleistet, als dies alleine durch die Grundordnung möglich wäre.

Der Bebauungsplan beinhaltet insbesondere folgende Vorschriften: Im Baubereich Nöl ist ein Gebäude mit kultureller Nutzung zulässig, zudem sind die für den Betrieb notwendigen weiteren Nutzungen sowie Gastronomie zulässig. Die Wandhöhe des langgezogenen Gebäudes beträgt 18,5 Meter, diejenige des Turmes 41,5 Meter. Die Turmhöhe beeinträchtigt keine Nachbargebäude bezüglich Schattenwurf oder Lichteinfallswinkel.

Die BRK hat sich sodann speziell mit drei Themen befasst, die hier kurz angesprochen werden sollen, nämlich die Energieeffizienz, die Fassadenbegrünung und das Störfallrisiko. Auf der Dachfläche ist eine Fotovoltaikanlage geplant mit einer effektiven Modulfläche von 600 m<sup>2</sup>. Damit kann 4% des Energiebedarfs generiert werden. Eine Bestückung des westlichen Gebäudeteils mit Fotovoltaikerelementen wurde von der Jury verworfen, da eine derartige Fassade eher an ein Labor oder Bürogebäude erinnere als ein öffentliches Kulturgebäude. Die Vorgaben des Energiegesetzes wurden eingehalten und es sollen jährliche Überprüfungen und allenfalls Optimierungen des Energieverbrauchs stattfinden.

Es ist sodann vorgesehen, ökologische Aufwertungsmassnahmen am Gebäude zu leisten, so zum Beispiel das Anbringen von Nistkästen für Vögel und Fledermäuse. Zudem haben die Vertreter des BVD die Idee einer Fassadenbegrünung aufgenommen und werden diese Idee, nämlich eine intensive Integration der Natur in die Fassade, weiterverfolgen. Schliesslich erfüllt der Neubau die Empfehlung der kantonalen Kontrollstelle für Chemiesicherheit, indem sich die Aufenthaltsfläche im Freien, Fluchtwege sowie der grösste Teil der publikumsintensiv genutzten Bereiche zur vom Gleisabgewandten Seite befinden. Die Fassade ist derart gebaut, dass sie dem Druck eines direkt vor dem Gebäude explodierenden Kesselwagens standhalten könnte. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Nach Prüfung aller dieser Momente, ist die BRK den planerischen Anpassungen für den Neubau gefolgt.

Das zweite Thema betrifft die Finanzierung des Neubaus. Der Regierungsrat beantragt insgesamt den Betrag von rund Fr. 214'000'000 für den Neubau. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen: Fr. 165'000'000 für den eigentlichen Bau, Fr. 31'000'000 für das Mobiliar und die Einrichtung der beiden Institutionen, Fr. 14'000 für den Umzug und die Eröffnung der beiden Institutionen, und Fr. 2'000'000 als jährliche Folgekosten für den Betrieb der beiden Institutionen.

Es braucht gar nicht lange darüber diskutiert zu werden, dass es sich hier um eine sehr hohe Geldsumme handelt. Aus diesem Grund hat die BRK bei den Verantwortlichen nachgehakt um zu evaluieren, ob beim Bau keine finanziellen Abstriche möglich wären. Uns wurde glaubhaft versichert, dass eine namhafte Reduktion nicht möglich sei, wenn man nicht massive Abstriche am gesamten Neubauprojekt in Kauf nehmen will, was von keiner Seite erwünscht ist.

Wenn man sich nun über die Kosten des Neubaus ärgert, so muss man sich unweigerlich die Frage stellen, ob es überhaupt einen Neubau für das Museum und das Staatsarchiv braucht. Hier kann die Antwort nur Ja lauten. Das sehen Befürworter und Gegner des Neubaus genau gleich. Das Staatsarchiv ist das historische Gedächtnis und der zentrale Wissensspeicher unseres Kantons. Es sichert heute über 20 Laufkilometer Archivgut an fünf verschiedenen Standorten. Ganz einfach ausgedrückt, es platzt aus allen Nähten. Es ist dysfunktional und die Bewirtschaftung von fünf Standorten ist viel zu aufwändig. Das Staatsarchiv braucht unsere volle Unterstützung für einen neuen Standort in einem Neubau.

Das Naturhistorische Museum betreut eine international bedeutende naturwissenschaftliche Sammlung mit über 7'700'000 Objekten. Es verzeichnet pro Jahr über 100'000 Besuchende und rund 1'300 Schulklassen und ist eines der meistbesuchten Museen unserer Stadt. Seit 1849 befindet sich das Museum im Berri-Bau an der Augustinergasse. Das Museum weist heute massive strukturelle, energetische und klimatische Defizite auf. Das Dach ist undicht, die Lagerflächen sind viel zu klein. Das ganze Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Auch in diesem Punkt sind sich alle einig.

Wie können nun diese Probleme gelöst werden? Hier muss man sich vor Augen führen, dass die Fachleute aus dem Museumsbereich und aus dem BVD unzählige Szenarien durchgespielt haben. Es wurden Szenarien durchgespielt für beide Institutionen in den bisherigen Liegenschaften. Für beide Institutionen wurde die Variante von Mehrstandortbetrieben in den bestehenden Liegenschaften mit Aussenlagern sowohl aus kulturpolitischen als auch aus organisatorischen und finanziellen Gründen klar ausgeschieden. Mit den bestehenden Liegenschaften würde man sich die

genau gleichen Probleme aufladen, die man heute mit einem Neubau zu lösen versucht. Hinzu käme eine komplette Schliessung des Museums für mehrere Jahre, die Lagerung von 7'700'000 Objekten während des Umbaus wäre ein schier unlösbares Problem.

Die Verantwortlichen haben sodann umfangreiche Untersuchungen von je 13 möglichen Standorten im gesamten Stadtgebiet vorgenommen. Schliesslich ist man sich einig geworden, dass die Zusammenführung von Museum und Staatsarchiv finanziell und kulturpolitisch optimal ist. Zeitzeugen der Vergangenheit von überregionaler Bedeutung werden unter einem Dach zusammengeführt. Die infrastrukturellen Probleme der beiden Institutionen werden behoben, beide Institutionen können sich zeitgemäss und zukunftsorientiert ausrichten, sowohl strukturell und technologisch als auch hinsichtlich der Vermittlungskonzepte. Durch die Flächenerweiterungen in beiden Institutionen können im Sammlungs- und Archivbereich die notwendigen Bedingungen zur Lagerung des Kulturgutes sichergestellt werden.

Aus allen diesen Gründen kann man nur einen Schluss ziehen. Der geplante gemeinsame Neubau für Museum und Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann ist die einzige mögliche und finanziell verantwortbare Lösung. Alle anderen Szenarien, so zum Beispiel separate Gebäude an verschiedenen Standorten, Rückkehr in den Berri-Bau, Neubau in der Innenstadt, Zusammenlegung mit anderen Museen usw. sind finanziell viel teurer und befriedigen in kulturpolitischer Hinsicht keinesfalls. Die Fachleute haben schon alle Varianten durchgespielt und haben mit überzeugender Begründung den vorliegenden Ratschlag verfasst.

Ich bitte Sie deshalb, diesem Ratschlag zu folgen.

*Franziska Reinhard Vizepräsidentin BKK:* Wie weit kann Wachstum gehen? Mit dieser Frage hat sich die Bildungs- und Kulturkommission intensiv auseinandergesetzt. Museen sind ein zentraler Teil der Kultur. Rund 40% des Kulturbudgets werden jährlich für die Museen ausgegeben. Deshalb hat sich die Bildungs- und Kulturkommission auch intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was dieser Ratschlag insgesamt bedeutet.

Als erstes hat sich die Kommission ein Bild verschafft mit Begehungen und Hearings. Bei den Begehungen wurde klar, dass die Dringlichkeit nicht in Frage gestellt ist. Auch in den Hearings konnte das Wissen noch weiter vertieft werden. Der Präsident der Bau- und Raumplanungskommission hat dies schon gut ausgeführt. Isoliert betrachtet kann also gesagt werden, dass hier ein gutes Projekt vorliegt, das unterstützenswürdig ist.

Die Frage der Nachnutzung des Berri-Baus hat aber einige Diskussionen ausgelöst. Einst war der Berri-Bau das erste Museum in der Stadt mit grosser Leuchtturmwirkung weit über die Grenzen hinaus. Heute jedoch entspricht der Bau nicht mehr den Anforderungen, die an ein modernes Museum gestellt werden. Es wurden Fragen gestellt, wie die Nachnutzung sichergestellt werden kann. In Frage kam das Historische Museum sowie das Antikenmuseum. Dazu wurden verschiedene Studien erstellt. Auch hierzu hat der Präsident der BRK schon ausgeführt.

Die BKK hat sich aber trotzdem die Frage gestellt, ob es nicht auch eine Möglichkeit wäre, dass das Naturhistorische Museum nach einem Umbau zurückkehrt, das Antikenmuseum am selben Standort bleibt und nur ein Neubau für das Staatsarchiv realisiert wird? Nach den Diskussionen wurde klar, eine neue Variante, eine andere Variante würde viel teurer werden und vor allem würde es viel zu lange dauern. Die Not der beiden Häuser ist zu gross, um länger abzuwarten.

Trotzdem, wie ist die Prioritätensetzung in der Kultur? Die Kommission hat sich die Frage gestellt, wie in dieser Stadt Prioritäten gesetzt werden. Sind es die Museen, sind es fünf Leuchttürme, die diese Stadt will oder nicht? Diese Frage wurde sehr kontrovers diskutiert. Es ist eine Entscheidung über das Ganze, die wir hier treffen müssen. Eine Minderheit der Kommission hat eine Rückweisung beantragt. Grund war unter anderem, dass die Kostenvorgabe von 2013 nicht eingehalten worden ist. Eine Mehrheit der Kommission ist jedoch zum Schluss gekommen, dass mit dem vorliegenden Ratschlag die dringend nötige Veränderung vollzogen werden kann und ist überzeugt, dass mit diesem Projekt ein guter Weg gegangen wird.

Aus diesem Grund beantragt die Bildungs- und Kulturkommission mit 8 Ja-Stimmen, 3-Gegenstimmen und 1 Enthaltung Zustimmung zum vorliegenden Ratschlag.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Es ist immer schwierig, ein Votum zu halten, nachdem zwei Kommissionssprecher gesprochen haben. Ich gebe mir Mühe, Ihnen nicht zu viele Wiederholungen zuzumuten.

Die basel-städtische Regierung hat seit Jahrzehnten eine klare Strategie, was die Museen betrifft. Wir möchten Sorge tragen zu den fünf grossen, traditionellen staatlichen Basler Museen. Was über Jahrhunderte hier in unserer Stadt gesammelt und zusammengetragen wurde, mit unglaublich viel Herzblut, Sachverstand, wissenschaftlicher Akribie, Kunstsachverstand und Weitblick hat einen riesigen Wert und für dieses kulturelle Erbe unserer Stadt tragen wir eine grosse Verantwortung.

Die fünf grossen Museumshäuser - das Kunstmuseum, das Naturhistorische Museum, das Museum der Kulturen, das Historische Museum und das Antikenmuseum - bergen Schätze von unermesslichem Wert. Wir möchten keines dieser Häuser schliessen, wir möchten keine Sammlungen veräussern, wir möchten keine Redimensionierungen unter dem Deckmantel von Fusionen machen, sondern wir sind überzeugt davon, dass diese fünf Häuser, die zum Teil auf Jahrhunderte alte Traditionen aufbauen, ihre eigenständige Identität auch in Zukunft weiter entwickeln sollen. Wir möchten diese Häuser zukunftsfähig erhalten und sie in die Zukunft tragen.

Nun kann man selbstverständlich diskutieren, ob das die richtige Strategie ist. Man kann natürlich sagen, dass man eines oder zwei dieser Häuser schliessen oder fusionieren soll, dass man Sammlungen veräussern soll. Aber man darf nicht der Regierung vorwerfen, es gebe keine Strategie. Diese Strategie gibt es schon sehr lange und sie zeichnet sich durch ein

hohes Verantwortungsbewusstsein und durch eine ausserordentlich hohe Konstanz aus, nicht nur der aktuellen Politikergeneration, sondern vieler Generationen von Politikerinnen und Politikern vor uns, und darauf dürfen wir stolz sein. Was das bauliche betrifft bedeutet das schlicht und einfach, dass von Zeit zu Zeit in die Gebäudestrukturen investiert werden muss. Diese Gebäude müssen unterhalten und von Zeit zu Zeit von Grund auf saniert werden. Es gibt ab und zu Erweiterungsbauten und natürlich auch Neubauten. Wenn man die bauliche Situation dieser fünf grossen Häuser betrachtet, so kann man folgendes feststellen. Das Museum der Kulturen wurde vor einigen Jahren von Grund auf saniert und umgestaltet, es wird entsprechend auch honoriert. Selbstverständlich konnten diese baulichen Aktivitäten auch dank mäzenatischer Unterstützung realisiert werden. Auch auf diese Tradition dürfen wir in unserem Kanton stolz sein. Das Kunstmuseum hat einen Erweiterungsbau substanzialer Natur erhalten, auch dank mäzenatischer Unterstützung, und die Sanierung des Hauptbaus ist auch unterwegs. Auch dahinter können wir einen Haken setzen.

Sowohl beim Historischen Museum als auch beim Antikenmuseum bestehen Herausforderungen. Das Antikenmuseum hat aussenstehende Standorte, das Historische Museum ist auf viele Standorte verteilt. Es gibt eine unbefriedigende Deponiesituation und auch dort gibt es Handlungsbedarf. Dramatisch ist die Situation hingegen beim Naturhistorischen Museum. Da besteht wirklich hoher Handlungsbedarf. Dramatisch ist ebenfalls die Situation beim Staatsarchiv, auch hier besteht Handlungsbedarf. Die beiden Institutionen platzen aus allen Nähten und vor allem ist beiden Institutionen gemein, dass die Aussenstellen der Lager unglaublich ineffizient situiert sind, verteilt auf viele Standorte. Und das ausserordentlich wertvolle Sammlungsgut ist dort sehr schlecht untergebracht. Die Situation in beiden diesen Häusern ist absolut unverantwortlich. Auf deutsch gesagt, wir lassen dort wertvollstes Kulturgut vermodern. Das ist die Situation.

Nun, man hat natürlich immer verschiedene Optionen. Es wurden verschiedene Optionen geprüft seitens der Verwaltung. Weshalb sind wir zum Schluss gekommen, dass es nicht weise wäre, den Berri-Bau zu sanieren und nach der Sanierung wieder das Naturhistorische Museum dort unterzubringen? Es ist schlicht und einfach so, dass auch nach einer teuren Sanierung des Berri-Baus die Situation für das Naturhistorische Museum am heutigen Standort nach wie vor völlig unbefriedigend wäre. Man hätte nach wie vor eine ganze Reihe von aussenstehenden Standorten für die Lager und das Naturhistorische Museum ist eben das Museum, das am intensivsten mit den Lagern arbeitet. Diese Objekte, die nicht in der Ausstellung sind, werden jeden Tag wissenschaftlich bearbeitet. Hier ist es essentiell, dass man die Standortfrage so lösen kann, dass die Objekte alle unter ein Dach kommen.

Das ist das eine. Wenn der Berri-Bau auch in Zukunft für das Naturhistorische Museum verwendet werden würde, dann würden wir viel Geld investieren für ein absolut unbefriedigendes Resultat. Wenn der Berri-Bau saniert wird, ist er ein hervorragender neuer Standort für das Antikenmuseum und würde es ermöglichen, das Antikenmuseum zu gegebener Zeit wirklich absolut hervorragend unterzubringen. Daher liegt es auf der Hand, dass die Lösung, die wir Ihnen vorschlagen, sehr viel Sinn macht.

Es liegt wirklich ein sehr gutes Projekt vor, und wir schaffen hier die bauliche Grundlage, dass sowohl das Naturhistorische Museum wie auch das Staatsarchiv langfristig eine gute bauliche Heimat erhalten. Ich spreche hier nicht von Jahrzehnten, sondern von einem Jahrhundert. Es ist ein modernes Konzept. Es wurde kritisiert, dass die Kostenvorgabe überschritten wird. Was hätten Sie den gerne? Dass wir die Kosten so stark drücken, dass beide Institutionen von Anfang an unbefriedigend untergebracht werden, oder hätten Sie lieber eine ehrliche Kostenrechnung, mit der man einen Bau realisiert, der beiden Institutionen eine gute bauliche Hülle bietet? Es ist ehrlich und absolut transparent, wenn wir Ihnen einen erhöhten Betrag beantragen. Damit schaffen wir wirklich eine bauliche Lösung, die Bestand hat.

Auch zur Lage haben Sie einiges gehört. Ich habe da und dort gehört, die Lage sei peripher. Seien Sie doch nüchtern und schauen Sie diese Lage an. Diese Lage ist alles andere als peripher. Sie ist weitaus besser als die aktuelle Lage. Das neue Museum wird verkehrlich sehr viel besser erschlossen sein, unmittelbar neben einem Bahnhof und unmittelbar neben einer Tramhaltestelle. Die Zugänglichkeit ist sehr viel besser, und es ist immer noch mitten in der Agglomeration an zentralster Lage.

Ich habe auch da und dort gehört und gelesen, dass es ein Nachteil sei, dass der Museumscluster, der alle fünf Museen in Nähe im historischen Stadtzentrum vereint, aufgebrochen werde. Das ist aber keinesfalls schlimm. Es geht ja kaum jemand an einem halben Tag ins Kunstmuseum, einen halben Tag ins Museum der Kulturen, übernachtet im Zelt auf dem Münsterplatz und geht am nächsten Morgen ins Naturhistorische Museum und danach ins Historische Museum. Die Leute kommen, um ein Museum zu besuchen. Man muss schon über eine unglaubliche kulturelle Kondition verfügen, um zwei Museumsbesuche hintereinander zu machen. Das Argument mit dem Cluster ist an den Haaren herbeigezogen.

Man hat auch da und dort gelesen, es gebe in Basel eine Museumskrise. Ich denke, wir sind meilenweit davon entfernt, ganz im Gegenteil. Wir verfolgen seit Jahrzehnten eine kristallklare Strategie. Diese wird langfristig verfolgt. Wir verfügen aktuell, was die bauliche Entwicklung der Museen betrifft, über einen Planungshorizont von gut zehn Jahren. Ich wüsste keine andere Stadt, die derart langfristig plant. Diese Situation ist hervorragend. Wir haben klare Vorstellungen, in welche Richtung es gehen wird.

Ich bitte Sie sehr, den Antrag der Kommissionen zu unterstützen. Sie haben die Weichen bereits 2013 in diese Richtung gestellt. Es wurde seriös aufgearbeitet, es liegt jetzt ein gutes Projekt vor, das rundum befriedigend ist für beide Institutionen.

*Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD:* Heute entscheiden Sie, ob wir einen Meilenstein in der Museumslandschaft Basel setzen können und das Staatsarchiv sichern können. Heute stellen wir die Weichen für die Weiterentwicklung der Basler Museen.

Wie kam es dazu? Bereits im Jahr 2006 war klar, dass das Staatsarchiv in Zukunft keinen Platz mehr haben wird für die vielen Laufmeter Akten, die es mit Sicherheit noch in Papierform aufnehmen muss. Gleichzeitig wurde klar, dass der Berri-

Bau totalsaniert werden muss. Es wurden über 20 Standorte für das Staatsarchiv und für das Naturhistorische Museum geprüft, darunter selbstverständlich auch der Verbleib am bisherigen Standort. Der Standort St. Johann schwamm oben auf. 2010 fällte der Regierungsrat den Entscheid eines gemeinsamen Hauses im St. Johann. Drei Jahre später bewilligte der Grosse Rat mit 69 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen den Projektkredit in der Höhe von insgesamt Fr. 11'000'000.

Heute nun, nach einer gut zehnjährigen Planungsphase für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum legen wir Ihnen die Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Neubaus für diese beiden Institutionen vor.

Lassen Sie mich ganz kurz einen Bogen über die fünf staatlichen Museen spannen. Mit der Museumsstrategie hat der Regierungsrat 2017 beschlossen, die fünf staatlichen Museen zu stärken und sie so auszustatten, dass sie ihren Auftrag auch in Zukunft erfolgreich erfüllen und sich auch erfolgreich weiterentwickeln können. In den heutigen Gebäuden des Staatsarchivs und des Berri-Baus ist das schlicht unmöglich, auch nach einer Sanierung desselben. Wir arbeiten laufend daran, dass unsere Museen eine tragfähige Infrastruktur haben. Mit dem Neubau wird der Berri-Bau frei für die Nachnutzung durch das Antikenmuseum. Die heutigen Räumlichkeiten des Antikenmuseums am St. Alban-Graben können dann einer neuen, nicht musealen Nutzung freigegeben werden.

Durch die Behebung der Mängel der Depotsituation und Sanierung der Barfüsser-Kirche sowie Sanierungen im Haus zum Kirschgarten wird die bauliche Situation im Historischen Museum ebenfalls bereinigt werden können. Damit erhalten alle Museen die Räumlichkeiten, in denen sie ihre Sammlungen der Bevölkerung zugänglich machen und adäquat vermitteln können. Aber nicht nur das, auch die Werterhaltung der wunderbaren Museumsbauten ist damit gesichert.

Der Weg der Museen in den nächsten zehn Jahren ist damit vorgezeichnet. Diese Strategie mag vielleicht nicht allen passen, das ist Ihr gutes Recht. Aber genau dies ist die langfristige Strategie des Regierungsrats. Auch wenn es noch tausend Mal geschrieben und gesagt wird, dass der Regierungsrat keine Strategie hätte - es wird nicht wahrer. Manche fordern mehr Schwerpunktsetzungen in der Kultur bzw. in der Museumspolitik. Diese Formulierung vernebelt die Absicht derer, die das fordern. Es geht nicht um Schwerpunktbildung, indem man etwas mehr fördert. In der Konsequenz dieser Forderung hiesse das, dass Museen verkleinert und zusammengelegt würden. Es geht schlussendlich ums Sparen. Schwerpunktbildung klingt aber natürlich viel besser. Sparen ist sicher nicht die Strategie der Regierung.

Die Umstände, die den Grossen Rat vor fünf Jahren zu seinem Entscheid bewogen haben, einen Neubau für das Staatsarchiv und das Naturhistorische Museum im St. Johann zu planen, haben an Brisanz zugenommen. Der Berri-Bau an der Augustinergasse bedarf dringender denn je einer Sanierung. Die heutigen Rahmenbedingungen mit den Regenlecks in den Dächern und an den Fenstern, Schimmel im Dachgeschoss, Raumtemperaturen von 30° im Sommer oder provisorische Infrarotheizungen im Winter gefährden in hohem Masse die Ausstellungsexponate. Würde das NMB im Berri-Bau bleiben müssen, hätte dies während einer Totalsanierung eine komplette Schliessung des Museumsbetriebs von bis zu sechs Jahren zur Folge, oder es gäbe einen temporären Umzug in ein heute aber noch nicht vorhandenes Provisorium. Die Einrichtung eines Provisoriums und der komplexe Umzug hin und zurück wären eine äusserst teure Angelegenheit, die aber mitnichten eine nachhaltige Investition wäre.

Die Variante des Verbleibs des Naturhistorischen Museums im Berri-Bau wurde genau geprüft. Das Museum hätte nach der Sanierung im Berri-Bau 45% weniger Ausstellungsfläche. Ein Verbleib im sanierten Berri-Bau käme einem massiven inhaltlichen Abbau des Museumsangebots gleich. Die vorhandenen Möglichkeiten stünden in keiner Relation zur bedeutenden und weltweit gefragten Sammlung des Museums und auch zum Bildungsauftrag, den das Museum sehr ernst nimmt. Der Verbleib im Berri-Bau bringt dem Museum weder wirtschaftlich noch betrieblich positive Effekte.

Kulturpolitisch ist die damit einhergehende erhebliche Verkleinerung des Naturhistorischen Museums vom Regierungsrat nicht erwünscht. Dieses besucherstarke Museum braucht einen Bau, der es ihm ermöglicht, seine grossartige Sammlung einem breiten Publikum zu vermitteln. Vergessen wir nicht, heute ist das Naturhistorische Museum nach dem Kunstmuseum in Basel mit 120'000 Besuchern das bestbesuchte Museum der Region. Und es ist ein ausgeprägtes Familienmuseum. Kein anderes Museum in der Region empfängt mehr Schulklassen, rund 1'400 pro Jahr, und es braucht auch dafür geeignete Infrastruktur, die im Berri-Bau nicht zu errichten wäre. Der Verbleib im Berri-Bau wurde intensiv geprüft, aber aus all diesen Gründen verworfen.

Ganz kurz zur Lage des neuen Museums: Das Museum hat Umfragen gemacht und erfahren, dass das Naturhistorische Museum grösstenteils geplant besucht wird und nicht von Laufkundschaft profitiert. Wir haben es gehört, der neue Standort ist bestens erreichbar und somit ideal für das Museum.

Die bauliche Infrastruktur des Staatsarchivs ist ebenfalls äusserst problematisch. Das Staatsarchiv ist an der Martinsgasse in einem Gebäude aus dem Jahr 1899 untergebracht. Aufgrund der sehr beengten Raumsituation ist es unmöglich, die Abläufe sowohl für die Mitarbeitenden wie für die Nutzenden räumlich sinnvoll zu trennen. Aus Platzmangel müssen neben dem Hauptgebäude vier weitere Aussenmagazine verteilt in der ganzen Stadt betrieben werden. Der betriebliche Aufwand, diese Magazine zu bewirtschaften und die bestellten Archivalien hin- und herzutransportieren ist enorm und nicht ressourcenschonend. Dies ist ebenfalls keine nachhaltige Investition. 2023 werden alle Magazine voll sein. Ohne Neubau müsste ein weiteres Aussenmagazin angemietet und betrieben werden, natürlich mit entsprechenden Kostenfolgen.

Jedes weitere Jahr in den veralteten Räumlichkeiten mit der veralteten Infrastruktur hat zudem schwerwiegende Auswirkungen auf das Archivgut. Die Klimasituation in den Magazinen ist bereits heute prekär, besonders in den oberirdischen, nicht klimatisierten Magazinen des Altbaus der Martinsgasse.

Die äusseren Klima- und Wetterbedingungen beschleunigen die Zerfallsprozesse. Weitere Schäden am Archivgut sind beim Verbleib in den bestehenden Magazinen unvermeidlich. Die Sorgfaltspflicht und der gesetzliche Auftrag gebieten deshalb die Evakuierung von Beständen aus dem Altbau in ein klimatisiertes Magazin. Mit einer Verzögerung des Umzugs, sprich bei einer Ablehnung des vorliegenden Neubauprojektes, würde sich die Auswirkungen der prekären Klimasituation für unser Kulturerbe noch einmal verschärfen.

Das gemeinsame Bauprojekt von Archiv und Museum löst zwei dringliche Probleme auf einen Schlag, und es ermöglicht sowohl bei der Investition wie beim Betrieb eine Einsparung von Mehrkosten. Im vorliegenden Bauprojekt sind gemeinsam mit dem Naturhistorischen Museum genutzte Funktionen, zum Beispiel Eingangshalle, das Café, Seminarräume, Personalräume und vor allem die Gebäudetechnik, eng miteinander verknüpft.

Zu den Betriebskosten: Sie fallen höher aus, als sie heute sind. Die Erfahrungen, die wir mit dem Kunstmuseum gemacht haben, haben uns dazu bewogen, für die Institutionen anhand von Betriebsstrategien die zu erwartenden Betriebskosten sorgfältig zu erarbeiten und noch einmal genau zu überprüfen. Diese Kosten weisen wir hier transparent aus. Heute sind sowohl das Staatsarchiv als auch das Naturhistorische Museum in stark sanierungsbedürftigen Gebäuden untergebracht. Somit sind die heutigen Betriebskosten aufgrund der mangelhaften gebäudetechnischen Ausstattungen trügerisch tief. Diese können wir nicht so tief halten, wenn wir hier etwas unternehmen, und wir müssen etwas unternehmen. Die mangelnde Ausstattung der Gebäude geht aber mit der Gefährdung des Archivguts und der Sammelobjekte einher. Würde das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv an den bisherigen Standorten in renovierten Häusern bleiben, würden massiv höhere Betriebskosten als heute und auch als im Neubau anfallen. Dies ist im Ratschlag zum Projektierungskredit von 2013 und den Folgeberechnungen mehrfach und eindeutig nachgewiesen.

Die betrieblichen Mehrkosten im Neubau setzen sich zusammen aus der Bewirtschaftung ausreichender und sicherer Magazinräume für das Kulturgut, höhere Kosten beim Unterhalt der modernen Haustechnik und der Betriebsrechnung, Verbesserung der betrieblichen Abläufe im Staatsarchiv und im Naturhistorischen Museum, ein angemessener und zeitgemässer Publikumsbetrieb, wie dies in den heutigen Gebäuden nicht möglich ist. Dazu gehören beispielsweise die einladende Eingangshalle mit Café, die öffentlichen Veranstaltungsräume, das Forschungsforum für Kinder im Museum oder die Gruppenräume für die Schulklassen.

Einen wichtigen Aspekt möchte ich zum Schluss noch besonders hervorheben. Die Leitungen der beiden Institutionen, die Staatsarchivarin und die Co-Direktoren des Naturhistorischen Museums, sind vom Projekt begeistert. Das zeigt seine Qualität und ist ein gutes Zeichen für die Umsetzung.

Fazit: Um unser Kulturerbe, das die beiden Institutionen Staatsarchiv und Naturhistorisches Museum bewahren, in die Zukunft zu führen, brauchen wir den Neubau im St. Johann. Nur so kann sowohl im Staatsarchiv wie auch im Naturhistorischen Museum ein auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichteter Betrieb gewährleistet werden. Der Nutzen dieses Projekts ist nachweisbar und unbestreitbar. Es geht um die Sicherung der einmaligen Sammlung des Naturhistorischen Museums Basel und der Archivalien des Staatsarchivs. Dieses bewahrt eine Geschichte von rund 1'000 Jahren. Dazu müssen wir wirklich Sorge tragen. Und es ermöglicht beiden Institutionen, diese Schätze einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Darüber hinaus stärkt es den sich stark entwickelnden Stadtteil St. Johann mit einem kulturellen Leuchtturm, an einem neuen Standort der nota bene viel besser erreichbar ist als die heutigen Räumlichkeiten auf dem Münsterhügel, der ohne Anbindung an den privaten oder öffentlichen Verkehr ist. Diese Investition sichert Basels Kulturerbe, das durch die heutige Infrastruktur gefährdet ist. Die damit einhergehenden Kosten sind zu verantworten, weil sie der Basler Bevölkerung einen klaren und nachweisbaren Mehrwert bieten.

Es steht vieles auf dem Spiel. Das Naturhistorische Museum leistet mit seiner Sammlung, seiner Forschung und seiner Vermittlung einen wichtigen Beitrag für unser Verständnis der Welt, für unsere aktuellen Auseinandersetzungen mit Umweltfragen. Und ein funktionierendes Staatsarchiv ist unabdingbare Voraussetzung für Rechtssicherheit, Identitätsbewusstsein und Geschichtsverständnis.

Wenn nach der Evaluierung von Dutzenden von Standorten und der Abklärung zahlreicher Alternativen und bereits hoher Projektausgaben, die der Grosse Rat schon beschlossen hat, nun aus dem hohlen Bauch heraus irgendwelche günstigere Alternativen angepriesen werden, so ist das einfach nicht seriös. Sie können alle den Werbespruch von Ovomaltine: "Mit Ovi chasch's ned besser, aber länger." So ist es auch mit diesem Projekt. Mit einem Nein würde es nicht billiger werden, aber es würde ganz sicher länger dauern. Ich bitte Sie aus allen diesen Gründen um Zustimmung.

*Stephan Mumenthaler (FDP): beantragt Rückweisung* an den Regierungsrat.

Wir haben die Angelegenheit in der FDP sehr kontrovers diskutiert und sind zu einer differenzierten Position gekommen. Wir sind bereit, den Neubau aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der beiden Institutionen zu akzeptieren, wir sind auch bereit, den Standort zu akzeptieren, obwohl man diesen durchaus auch hinterfragen könnte - es ist mir schleierhaft, dass es in ganz Basel keine bessere Parzelle geben soll als diese zwischen Störfallrisiko und Grundwasserproblemen gelegene. Aber wir sind nicht bereit, die Überschreitung der Kosten, die das Parlament vorgegeben hat, zu ignorieren. Wir verlangen Rückweisung und eine zügige Überarbeitung, damit das Projekt redimensioniert und bald umgesetzt werden kann.

Wie sind wir zu dieser Position gekommen? Die Bedürfnisse der beiden Institutionen, die dargelegt wurden, sind auch bei uns unbestritten. Das Staatsarchiv kann unmöglich so weitermachen wie bisher. Eigentlich ist es ein Skandal, dass man es so weit hat kommen lassen, dass das Archivgut unter den untragbaren Bedingungen verrottet. Das ist vor allem auch bedauerlich, weil gerade beim Staatsarchiv der jährliche Mehrbedarf an Archivraum gut abzuschätzen ist und schon lange klar war, dass es mit den bestehenden Standorten so nicht weitergehen kann. Beim Naturhistorischen Museum ist die Situation vielleicht nicht ganz so klar, aber dass der Berri-Bau sanierungsbedürftig ist, dürfte wohl auch kaum jemand in Frage stellen.

Was aber das Präsidialdepartement bzw. das Bau- und Verkehrsdepartement aus diesem Projekt dann abgeleitet haben, hinterlässt halt doch bei der Mehrheit von uns ein tiefes Unbehagen, und zwar aus einer Reihe von Gründen. Zunächst wäre da sicher die Investitionssumme von knapp Fr. 250'000'000 zu nennen, eine aussergewöhnlich hohe Summe, wie die BRK bereits festgestellt hat. Nun kann man einwenden, dass man schon 2013 von diesen Fr. 190'000'000 gewusst hat

und diesen Planungskredit trotzdem bewilligt hat. Das ist richtig, aber abgesehen davon, dass damals geschätzt die Hälfte der Entscheidungsträger anderer Meinung war als heute, waren vor allem die Umstände ganz andere. Heute wissen wir, dass dies keineswegs das Ende der Fahnenstange ist, dass nach diesem Neubau keineswegs Ruhe in der Museumslandschaft einkehrt. Es ist eher die Eröffnung eines Reigens an Sanierungen, die vermutlich alle unumgänglich sein werden und sich schlussendlich auf mehr als eine halbe Milliarde Franken summieren werden. Und was wollen wir dann anderes tun? Wollen wir den Berri-Bau sprengen, den ältesten Museumsbau der Schweiz, der auch für nichts anderes zu gebrauchen ist als für ein Museum? Was wollen Sie mit dem Kirschgartenmuseum machen? Wollen Sie es einem Expat als Edelstadtpalais verkaufen? Wohl kaum.

Wenn man heute schon weiss, was alles auf uns zukommen wird, dann sollte man das vielleicht bei der Planung des Neubaus berücksichtigen, dann sollte man vielleicht die Ambitionen etwas zurückstufen und etwas kleinere Brötchen backen. Aber nein, auch hier serviert uns die Regierung ein Scheibchen nach dem anderen, vermeidet tunlichst eine Diskussion darüber, was alles noch auf uns zukommt, vermeidet tunlichst so etwas wie eine Gesamtschau mit einer Übersicht über die Kosten, die auf uns zukommen. Wie die BZ heute geschrieben hat: "Lieber zuerst bauen, und dann die Analyse hinterherschieben."

Wir haben zwar dieses Dokument namens Museumsstrategie bekommen, nur sehe ich persönlich darin keine Strategie. Da gibt es keine Prioritäten, es gibt schon gar keine Posterioritäten. Es ist eine Fortschreibung des Status quo, worauf unser Baudirektor stolz zu sein scheint. Alles ist wichtig, alles ist toll, alles braucht schlussendlich mehr Geld. Der Krug geht also zum Brunnen, bis er bricht. Ich weiss genau, dass es auch linke Mitglieder der BKK gibt, die so denken, nur wenn man auf die Kreuztabelle schaut, sieht man davon nichts mehr. Da wird einfach durchgewunken, was uns die Regierung serviert, komme was wolle. Wer hat denn hier in diesem Saal beschlossen, dass das Naturhistorische Museum einen Flächenzuwachs von 30% braucht, die Besucherbereiche gar von 67%? Das ist doch ein politischer Entscheid. Finden Sie diese Informationen im Vorprojekt von 2013? Ich habe sie nicht gefunden.

Mir scheint, dass die Exekutive in diesem Projekt politische Entscheide gefällt hat, die eigentlich der Legislative zustehen. Aber die Exekutive heisst Exekutive, weil sie die Entscheide der Legislative umzusetzen hat. Das ist nämlich Untergrabung der Gewaltentrennung. Und ob dieser Flächenzuwachs um die entsprechend grosse Bausumme angesichts der anstehenden Herausforderung gerechtfertigt ist, ist sehr wohl ein politischer Entscheid und wäre wohl eine Diskussion in diesem Saal wert gewesen.

Nun gibt es Leute, ja sogar wichtige Entscheidungsträger, die auf diese Frage einfach salopp sagen: "Wir können uns das leisten." Ich halte eine solche Aussage für respektlos und kurzsichtig. Ich finde die Aussage respektlos, weil der Staat sein Geld nicht verdient wie eine Privatfirma oder Privatperson. Steuern sind Zwangsabgaben, und die einzige Rechtfertigung für diese Zwangsabgaben ist die Verwendung für das Gemeinwohl nach dem Willen der Gemeinschaft. Jeder Steuerzahler hätte auch unzählige andere Verwendungsmöglichkeiten für dieses Geld, und in den Augen des Steuerzahlers wohl oft auch bessere als dieses Parlament sich manchmal vorstellen kann. Aber ja, das Geld anderer Leute auszugeben ist einfach und schön. Insofern wäre es durchaus angebracht, bei einer solchen stolzen Summe auch das Volk danach zu fragen, ob es diese Ausgabe tatsächlich als gerechtfertigt sieht. Insofern könnte ich mir durchaus vorstellen, dass eine Unterstellung unter das obligatorische Referendum zweckmässig wäre.

Warum halte ich die Aussage für kurzsichtig? Unser Kanton ist im Moment in der komfortablen Lage, Überschüsse schreiben zu können, aber heisst das denn, dass jeder Franken verpulvert werden muss, bis wir wieder Defizite schreiben? Und was tun wir in Zukunft, wenn die Steuern irgendwann nicht mehr so reichlich fliessen? Haben Sie wirklich das Gefühl, dass dieser Boom ewig so weitergeht? Es wäre ja vielleicht sogar verkraftbar, wenn wenigstens die dauerhaften gleichbleiben würden. Aber nein, auch diese sollten steigen, und nicht zu knapp. Und gegen den ausdrücklichen Willen der BKK sind die Betriebskosten massiv höher geplant als bisher, beim Naturhistorischen Museum Fr. 1'240'000, also 22% mehr, beim Staatsarchiv sogar 27% mehr.

Das ist doch eine Missachtung des parlamentarischen Auftrags. Die Exekutive nimmt sich hier Befugnisse heraus, die sie schlicht nicht hat. Das ist meines Erachtens inakzeptabel. Und das ist wohl bemerkt noch unter Hilfe der bemühten Synergien und unter ziemlichen optimistischen Annahmen. Geplant sind nämlich 20 bis 40% mehr Besucher und damit 24% Mehrerträge. Wir wissen doch genau, was passiert, wenn es dann doch weniger Besucher sind. Die Lücke wird noch grösser, und das Parlament muss dann Geld nachschliessen.

Wieso müssen wir mit jedem Projekt, das wir hier drin beschliessen, unseren Kindern noch einen zusätzlichen Klotz ans Bein binden? Ist das wirklich notwendig? Aus meiner Sicht kann es nur eine logische Konsequenz geben. Lassen Sie uns die Vorlage an den Absender zurückschicken, zurück an die Regierung mit dem Auftrag, den parlamentarischen Auftrag zu erfüllen, mit dem Auftrag, das Projekt so zu redimensionieren, dass die Betriebskosten eben nicht steigen, zumindest für das Naturhistorische Museum nicht. Und erzählen Sie mir jetzt nicht, dass das nicht geht. Wo ein politischer Wille ist, ist immer auch ein Weg.

Dass das Material des Staatsarchivs wächst, liegt in der Natur der Sache, aber dass die Ausstellungsfläche des Naturhistorischen Museums um 30% wächst, ist ein politischer Entscheid der Regierung, den wir so nicht gefällt haben. Nachdem die Betriebskosten unter anderem wegen dem Flächenzuwachs steigen, gibt es durchaus Möglichkeiten, die Betriebskosten auch wieder zu reduzieren. Ich habe das bei privaten Projekten gesehen, ich habe das sogar bei staatlichen Projekten gesehen. Sparen ist möglich. Wir hatten zum Beispiel mit der BKK das Vergnügen, das Sandgrubenschulhaus besichtigen zu können, ebenfalls ein sehr ambitioniertes Neubauprojekt. Aber wie so häufig, gab es auch bei diesem Projekt Kostenüberschreitungen. Der Unterschied war nur, dass in diesem Fall der Projektleiter das nicht einfach akzeptiert hat. Er hat das Projekt zurückgeschickt, und siehe da, es konnte so redimensioniert werden, dass das Kostendach eingehalten wurde. Und nicht nur das. Der Direktor verkündete uns stolz, dass die neue Lösung auch inhaltlich besser geworden sei.

Also schicken wir diese Vorlage an die Regierung zur Überarbeitung zurück. Machen Sie nicht einfach die Faust im Sack, knirschen Sie nicht einfach mit den Zähnen. Wie die BZ heute geschrieben hat: Wer das Projekt einfach durchwinkt, macht sich mitschuldig. Übernehmen Sie Verantwortung und weisen Sie es zurück.

*Thomas Grossenbacher (GB):* Zuerst möchte ich eine Würdigung des Museums aussprechen. Das Naturhistorische Museum bzw. seine Sammlungen haben eine lange Tradition, die aufs Engste mit der Entstehung und der Entwicklung der Universität und der Stadt Basel als humanistische, fortschrittliche Stadt der Neuzeit verknüpft sind. Die Sammlungen haben ihre Anfänge in dem berühmten und weltweit einem der ersten Sammelkabinette des Basler Mediziners und Naturforschers Felix Platter und des Amerbacherschen Kuriositätenkabinetts. Das Museum mit seinen Sammlungen entwickelte sich so über die Jahrhunderte zu einem der wichtigsten naturhistorischen Museen der Schweiz. Damit verbunden ist es auch das wichtigste Archiv der regionalen und in Bezug auf einzelne Sammlungen sogar der weltweiten Artenvielfalt. Seine Sammlungen sind nicht nur Grundlage der bemerkenswerten Ausstellungen, sondern auch eine wichtige Basis für die aktuelle Biodiversitätsforschung, wie sie nicht zuletzt wegen des weltweiten Artensterbens und des Verlusts an genetischen Diversitäten in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden ist.

Das Museum als Vermittlerin von Wissen über die Vielfalt, die Entstehung und Entwicklung des Lebens auf der Erde kommt grundsätzlich eine hohe Bedeutung zu, sicher auch noch verstärkt durch die stattfindende Klimaveränderung, was nicht nur für uns Grüne wichtig sein muss. Eindrücklich in diesem Zusammenhang ist auch die grosse Zahl von Wissenschaftlern aus aller Welt, die das Museum für ihre Forschung besuchen. Dass dieses Museum Räumlichkeiten benötigt, die gemäss seiner Bedeutung und den Ansprüchen an eine zeitgemässe Ausstellungs-, Forschungs- und Vermittlungstätigkeit genügen, sollte meiner Ansicht nach eine Selbstverständlichkeit sein und ist keine politische Forderung, sondern eine inhaltliche.

Das Staatsarchiv mit seinen 20 Laufkilometern Akten und Dokumenten und das Naturhistorische Museum mit einem Bestand von 7'700'000 Objekten befinden sich, wie wir jetzt schon öfters gehört haben, längst in sanierungsbedürftigen historischen Gebäuden. Beide Institutionen leiden seit Jahren unter extremem Platzmangel und müssen deshalb Objekte und Unterlagen in Depots auf die ganze Stadt verteilt lagern. Die betrieblichen Bedingungen sind schlicht prekär. Die notwendige Sicherheit für die Aufbewahrung ist nicht mehr gegeben, an den aktuellen Standorten haben die Institutionen keine Zukunft mehr.

Dass diese beiden Institutionen gemeinsam ausserhalb des Basler Museumshotspots ins St. Johann umziehen, ist vielleicht nicht aus Sicht von allen optimal, aber angesichts der Distanzen und der guten Erreichbarkeit auch kein Nachteil. Der Entscheid, dass ein neuer Standort gesucht werden muss, ist vor Jahren gefallen. Dazu fand eine ausführliche Standortevaluation statt, und die gefundene Lösung erachten wir nicht nur planerisch und städtebaulich als gelungen, sondern auch inhaltlich. Deshalb ist auch für uns eine Rückweisung kein Thema.

Die Kosten des Neubaus sind zwar mit Fr. 214'000'000 um Fr. 24'000'000 höher als ursprünglich bezeichnet, aber aufgrund der Behandlung in den beiden Kommissionen kann und muss davon ausgegangen werden, dass vernünftig, bedarfsgerecht und realistisch geplant wurde. Nicht zuletzt wurden aufgrund von Erfahrungen die Betriebskosten sorgfältig überprüft und angepasst, damit es nicht eine spätere unangenehme Überraschung gibt. Gleichzeitig ist mit dem Staatsarchiv kombiniert eine günstigere Lösung gefunden worden, Synergien können genutzt werden, viel besser, als wenn beide Institutionen getrennt wären.

Der Auszug des Naturhistorischen Museums ermöglicht die notwendige Sanierung des Berri-Baus, ohne dass das Naturhistorische Museum bei einem Verbleib über Jahre geschlossen werden muss. Die damit einhergehenden negativen Auswirkungen bei einer Schliessung sind aus den obigen Ausführungen wohl mehr als offensichtlich, und die bis zu 1'400 jährlich besuchenden Schulklassen werden sonst alternativlos bleiben. Danach soll das Antikenmuseum einziehen, das Präsidialdepartement wird die frei gewordenen Räumlichkeiten am Münsterhügel übernehmen. Eine Rochade, die beim Einzug des Antikenmuseums in den sanierten Berri-Bau sinnvoll sein wird, davon sind wir überzeugt.

Ich erlaube mir noch einen Blick über den aktuellen Stand hinaus zu werfen. Mit diesen Schritten wird natürlich ein Liegenschaftsdomino ausgelöst, das einen Rattenschwanz von heute unabsehbar Ausmass nach sich ziehen wird, darin gehe ich mit Stephan Mumenthaler einig. Denn davon sind auch weitere Lager- und Büroräumlichkeiten der Museen betroffen, für die noch keine abschliessenden Pläne bestehen. Hinzu kommen Museen wie das Haus zum Kirschgarten (geschätzte Kosten Fr. 35'000'000), der Altbau des Kunstmuseums (geschätzte Kosten Fr. 100'000'000), das Historische Museum, bei denen sich bauliche Massnahmen abzeichnen, die wiederum Sanierungskosten und mögliche Anpassung bei den Betriebskosten nach sich ziehen werden. Nach heutigem Stand werden also alleine im Museumsbereich in den nächsten 10 Jahren Umbaukosten von rund einer halben Milliarde auf uns zukommen. Wie bereits die BRK feststellte, muss das Präsidialdepartement deshalb zwingend eine Gesamtübersicht inklusive Lösungsvorstellungen aufzeigen, wie der Kanton diese Aufgaben zu bewältigen gedenkt. Welche kulturellen Schwerpunkte gesetzt werden, wie einerseits in die Hochkultur investiert werden soll, ohne dass ein Ungleichgewicht zu anderen Kulturinstitutionen entsteht. Für mich und meine Fraktion ist es ein wichtiger Punkt, dass auch andere Kulturinstitutionen unter diesen grossen Investitionen in Zukunft nicht zu leiden haben. Unserer Ansicht nach geht es nicht, ohne dass auch Schwerpunkte in der Hochkultur gesetzt werden, was in der Konsequenz auch bedeuten kann, dass dort Abstriche bzw. Verzichte zu machen sind.

Fazit: Ein Scheitern des vorliegenden Projekts bringt uns nicht weiter und kann aufgrund der desolaten Situation bei den betroffenen Institutionen und der Alternativlosigkeit nicht verantwortet werden. Dass wir jedoch hier stehen, wo wir stehen, hat seine Gründe. In den vergangenen Jahren haben sich zu viele Probleme angestaut, die teilweise auf verantwortungslose Art und Weise negiert wurden oder sogar in Abrede gestellt wurden. Irgendwann war offensichtlich der Teppich zu klein, um alle Probleme darunter zu kehren. Die Probleme kamen an die Oberfläche, und sie müssen gelöst werden. Führung und Verantwortung darf in Zukunft also nicht mehr heissen, sich in Ausreden zu flüchten. In Zukunft



müssen die Probleme auf den Tisch, Konzepte und Strategien erarbeitet werden, die solche Situationen zu verhindern wissen. Wir attestieren und sehen, das Präsidialdepartement hat diese Aufgaben aufgenommen. Leistungsaufträge müssen klar sein, Verantwortlichkeiten definiert, Meilensteine gesetzt, Ziele und Indikatoren beschrieben und mittels sinnvoller und unterstützender Kontrolle regelmässig überprüft werden.

An dieser Stelle möchte ich auch noch ein ganz spezielles Kränzchen der Co-Leitung des Naturhistorischen Museums, David Alder und Basil Thüning, widmen. Das war die bisher beste und überzeugendste Projektpräsentation meiner 14 Jahre im Grossen Rat. Ihr engagierter und kompetenter Einsatz für den Neubau, das neue innovative Ausstellungskonzept und die Weiterentwicklung des Museums haben mich nachhaltig beeindruckt und überzeugt.

Das Grüne Bündnis ist klar der Meinung, dass wir diesem Ratschlag zustimmen werden und bittet Sie, dies auch zu tun. Wir werden den Antrag der SVP ablehnen, wir sind der Meinung, dass man ansonsten auch das Ozeanium unter das obligatorische Referendum hätte stellen müssen. Wir sehen auch hier keinen Grund dafür. Dem Antrag, das Ganze als eine Materie zu behandeln, werden wir zustimmen. Den Rückweisungsantrag der FDP werden wir selbstverständlich ablehnen, weil wir die Gründe hierzu nicht erkennen und weil keine bessere Lösung absehbar ist. Auch noch erwähnen möchte ich, dass ich und die Fraktion es sehr positiv sehen, dass die Verwaltung die Idee einer Begrünung der Fassade aufgenommen hat. Dass Solarfassaden hier nicht zum Zug kommen, finde ich nach wie vor schade, ist aber beim Stand des Projekts verständlich. Eine Laufschrift lässt sich vielleicht noch anbringen, analog zum Kunstmuseum.

### Zwischenfrage

*Pascal Messerli (SVP):* Sie haben gesagt, das Ozeanium hätte auch unter das obligatorische Referendum fallen müssen. Ihnen ist aber schon bewusst, dass es mit privaten Geldern finanziert wird?

*Thomas Grossenbacher (GB):* Ja, das ist mir bewusst. Aber der Boden gehört der Stadt.

*Sebastian Kölliker (SP):* Die SP-Fraktion sagt Ja zum Naturhistorischen Museum Basel und zum Staatsarchiv Basel-Stadt. Wir sagen Ja zum geplanten Neubau im St. Johann. Das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv sind zwei bedeutende Basler Institutionen, die das ihnen anvertraute kulturelle Gut pflegen, bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Rund 7'700'000 Objekte aus Zoologie, Geologie und Paläontologie im Naturhistorischen Museum sind als Archiv des Lebens weltweit bei Forscherinnen und Forschern bekannt. Weiter gehören die Ausstellungen dieses Museums zu den meist besuchten in unserem Kanton. Die im Staatsarchiv bewahrten Materialien decken bald 1'000 Jahre Basler Geschichte ab. Es ist eines der intensivst genutzten Archive der Schweiz. Beide Institutionen brauchen dringend für ihre Arbeit und für den Erhalt der wertvollen Kulturgüter neue Räumlichkeiten, das ist in der SP-Fraktion unbestritten.

Als öffentliche Institution definiert das Naturhistorische Museum seinen Auftrag so, der Bevölkerung einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Planeten und seiner Ressourcen zu vermitteln. Ein wahrlich zukunftsgerichteter und wichtiger Auftrag! Mit dem Neubau wird sich das Museum in Zukunft vermehrt auch relevanten aktuellen Themen der Gesellschaft, Umwelt und Naturgeschichte widmen können, und das mit einem innovativen Ausstellungskonzept. Das ist mehr als zu begrüssen.

Das Staatsarchiv als Schnittstelle zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sichert ein unersetzliches Basler Kulturgut. Fast 1'000 Jahre Basler Geschichte - das ist ein unvorstellbar wertvoller Schatz, den es unbedingt zu bewahren und zu schützen gilt. Vor allem beim Staatsarchiv ist die Situation prekär, und es bedarf einer langfristigen Lösung. Die Tätigkeit des Staatsarchivs wird von zentralen Aspekten geprägt sein. Die kontinuierliche Sicherung des analogen und digitalen Archivguts und von sich wandelnden Erwartungen und Praktiken der Nutzung im Kontext der digitalen Transformation. Es werden Magazinkapazitäten geschaffen, die es erlauben, alle Archivalien an einem Ort zusammenzuziehen, den Zuwachs der nächsten Jahre aufzunehmen und das Archivgut unter endlich wieder sachgerechten Bedingungen dauerhaft zu erhalten. Der Plan ermöglicht auch den Neubau im Archiv als Informationsdienstleister, die aktive und zeitgemässe Informationsvermittlung und Wissensbildung in Zeiten der Digitalisierung.

Der geplante Neubau ist auch architektonisch gelungen. So ist ein sehr schöner Aspekt, dass der Arbeitsbereich des Staatsarchivs von aussen eindeutig verortet werden kann. Grosse Fenster kommunizieren den Inhalt des Gebäudes in den Stadtraum und gewähren weiter Einblick beispielsweise in die Werkstätten der Präparatorien des Museums im Erdgeschoss. Eine wahrlich spannende Vorstellung.

Die sozialdemokratische Fraktion möchte den dringend benötigten und zukunftsweisenden Neubau für das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv Basel-Stadt ermöglichen. Dieser kulturpolitische Meilenstein wäre ein wegweisender Entscheid für unseren Kanton. Die SP-Fraktion möchte die Museumspolitik auch in Zukunft prägend mitgestalten, aber an dieser Stelle auch Folgendes sagen: Wir werden uns gleichzeitig für die Kultur in der ganzen Breite einsetzen, auch für die vielen wertvollen Akteure in allen Kultursparten, so auch in der Alternativ- und Jugendkultur. Kultur ist eine treibende Kraft der Stadtentwicklung. Von ihr gehen Impulse und Inspirationen aus für Bildung und Wirtschaft, aber auch für die gebaute Stadt. Der Neubau des Staatsarchivs und des Naturhistorischen Museums beim Bahnhof St. Johann ist ein sehr konkretes Beispiel dafür. Mit einem Ja heute setzen wir einen kulturpolitischen Meilenstein zwischen dem bestehenden St. Johann und dem werdenden Volta Nord.

Die kantonalen Museen nehmen wichtige und wertvolle Rollen ein und sollen diese auch in Zukunft beibehalten und entfalten können. Das historische Gedächtnis unseres Kantons erhält gleichzeitig auch die zustehende Pflege und

Verbesserung der öffentlichen Zugänglichkeit. Parallel dazu ist es der SP aber ein sehr grosses Anliegen, dass sich der Kanton nicht nur gegenüber den eigenen staatlichen Kulturbetrieben grosszügig zeigt. Alle Kulturschaffenden der Region, aber auch zahlreiche private Institutionen sind entscheidend für die Lebendigkeit und die Vielfalt des kulturellen Lebens in unserem Kanton und darüber hinaus. Auch viele von ihnen sehen sich mit grossen Herausforderungen konfrontiert, bei denen sie weniger bis gar keine Unterstützung bekommen als beispielsweise die staatlichen Museen. Um das kulturelle Gleichgewicht zu wahren und eine lebendige Kulturstadt zu bleiben, wird sich die Fraktion der SP prägend, positiv und ohne Zurückhaltung in die kommenden Kulturvorlagendiskussionen einschalten und für alle Kultursparten und -arten Verantwortung übernehmen.

Heute ist es aber an der Zeit, Ja zu sagen zu einem tollen, wichtigen und zukunftsweisenden Neubau für das Naturhistorische Museum Basel und für das Staatsarchiv Basel-Stadt, sowohl städtebaulich wie auch inhaltlich. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der Beschlussvorlage der Kommission zuzustimmen, die Rückweisung nicht anzunehmen und das Referendum sammeln zu lassen.

### Zwischenfragen

*Stephan Mumenthaler (FDP):* Die SP möchte also wie so häufig den Fünfer und das Weggli gleichzeitig. Aber wo würden Sie denn gerne sparen, wenn die Einnahmen einst nicht mehr so sprudeln wie bisher? Bei der Gesundheit, bei den Sozialausgaben?

*Sebastian Kölliker (SP):* Bei der Gesundheit gibt es sehr gute Sparvorschläge, zum Beispiel wenn man die Spitalfusion nicht so durchführt wie vorgeschlagen.

*David Jenny (FDP):* Gibt es schon ein Preisschild für den Einsatz ohne Zurückhaltung für Institutionen aller Art?

*Sebastian Kölliker (SP):* Nein, es gibt noch kein Preisschild. Es geht ja nicht nur immer um Geld, sondern auch darum, wie man insgesamt damit umgeht, wie ganzheitlich ein Konzept ist. Und ich würde gerne mit Ihnen zusammensitzen und gemeinsam anschauen, was die FDP für die ganz kleinen Kulturschaffenden machen kann.

*Michael Koechlin (LDP):* Ich finde es gefährlich, wenn man das Schreckgespenst möglicher Kürzungen aufgrund dieses Projekts in den Raum stellt. Gibt es irgendwelche konkrete Hinweise, dass die Regierung plant, aufgrund dieses Projekts anderswo Kulturgelder einzusparen?

*Sebastian Kölliker (SP):* In keiner Art und Weise. Aber es ist doch verwunderlich, wie man über 10 Jahre Fr. 500'000'000 für die Museumsbauten planen kann, durchaus mit Berechtigung, und gleichzeitig bei den kleinen Institutionen, von der Jugendkulturpauschale bis hin zum Vorstadtheater, knauserig ist und anscheinend zu wenig Respekt hat für deren Arbeit.

*Joël Thüring (SVP):* Es wird Sie nicht überraschen, dass die SVP Ihnen beantragen wird, den Ratschlag abzulehnen. Ich musste zu Beginn der Debatte schmunzeln über Regierungsrat Hans-Peter Wessels, der mir vorkam wie Marco Streller. Ganz Basel weiss, dass der FCB keine Strategie mehr hat, dass er keinen Erfolg mehr hat, und das sagen alle ausser Marco Streller. Regierungsrat Hans-Peter Wessels hat gesagt, die Regierung verfolge seit Jahren eine kristallklare Strategie in Bezug auf die Museen. Das glaubt ja niemand, ausser vielleicht Sie. Und Sie widersprechen sich ja auch. Wenn Sie so eine kristallklare Strategie hätten, fragt es sich, warum der Sanierungsbedarf so dringend ist. Insofern muss man genau hier ansetzen und sagen, dass das ein Teil des Problems ist und der Grund, warum wir heute diesem Ratschlag nicht zustimmen können.

Wir haben keine Strategie. Die Museumsstrategie, die wir von Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann vorgestellt bekommen haben, hat sich weitgehend mit dem Ist-Zustand beschäftigt, und was als angeblich neu darin steht, ist überhaupt nicht neu. Da erwarten uns einige kleine Veränderungen in der Museumsgesetzgebung, aber es ist kein grosser Wurf, und ganz bestimmt keine Strategie.

Deshalb ist es aus unserer Sicht richtig, dass wir noch einmal einen Schritt zurückmachen. Ja, wir sind auch dafür, dass das Naturhistorische Museum in eine gute Zukunft geht, wir wollen auch, dass das Naturhistorische Museum ein attraktives Museum bleibt. Und ich bin auch überzeugt, dass die Co-Direktoren einen guten Job machen und weiterhin machen werden. Aber es ist halt letztlich so, dass wir als Parlament zu entscheiden haben, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Es ist nicht korrekt, wenn Sie behaupten, es gäbe keine Alternativen.

Politik ist nie alternativlos. Es gab eine Bundeskanzlerin, die das jahrelang erzählt hat, und Sie haben gesehen, was mit ihrer Partei passiert ist. Alternativlosigkeit gibt es nicht. Selbstverständlich gibt es Varianten. Die SVP hat einen Vorschlag gemacht mit dem Haus der Geschichte. Es wird behauptet, dass das nicht günstiger würde. Wissen wir es? Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir auch beim Historischen Museum einen grossen Finanzbedarf haben. Dort müssen wir auch viele Gelder sprechen. Und wenn wir einen Schritt zurückgehen, etwas gemeinsam planen, dann kostet uns das vielleicht auch Fr. 214'000'000, aber vielleicht dann für die drei Häuser.

Und vielleicht schaffen wir ein, ein viel attraktiveres neues Haus zu errichten. Letzte Woche sahen wir im Telebasel, dass der Münsterschatz im Historischen Museum nicht ausgestellt werden kann. Man muss auf das Kunstmuseum ausweichen. Das Historische Museum hat auch Bedarf, und es ist doch völlig absurd, dass wir Ausstellungen in fremden Häusern

machen und uns gleichzeitig dagegen wehren, ein gemeinsames Haus zu schaffen, in dem diese Synergien genutzt werden könnten. Und dabei geht es uns auch nicht ums Sparen, sondern um Synergien in der Museumslandschaft, um die Attraktivität eines solchen Hauses der Geschichte. In Berlin gibt es eine Museumsinsel. Darum ist das Wort des Museumsclusters nicht so falsch. Es ist attraktiv, wenn Häuser beieinander liegen.

Zur Standortfrage Bahnhof St. Johann kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ich bin der Ansicht, es gibt geschicktere Standorte für ein Museum. Ich muss mich schon fragen, ob es angesichts der Lage (Störfallrisiko, Grundwasser) ein gutes Projekt ist für diesen Ort. Wir haben von Stephan Mumenthaler bereits Kritik an der Frage der Betriebskosten gehört. Ich kann das weitgehend unterstreichen. Wir haben in diesem Haus vor einigen Jahren beschlossen, dass die Betriebskosten nicht steigen sollen. Nun kann man sagen, dass wir ehrlicher geworden sind und es rechtzeitig sagen, wenn die Mittel nicht ausreichen. Das kritisiere ich nicht einmal grundsätzlich. Aber wir haben Ihnen einen anderen Auftrag gegeben, und Sie hätten diesen Auftrag umsetzen können, indem Sie das Projekt anders geplant hätten. Wenn wir heute diesen Neubau sprechen, werden wir dort zusätzliche Betriebsmittel brauchen. Das Historische Museum und das Antikenmuseum werden auch mehr Betriebsmittel brauchen.

Sie gehen nun auch davon aus, dass das Antikenmuseum sicher in den Berri-Bau kommt. So sicher ist das aber noch nicht. Wenn der Innenhof nicht so überdacht werden kann, wie es für das Antikenmuseum nötig ist, werden wir dort das nächste Problem haben. Es ist keinesfalls so, dass wir heute mit dem Umzug des Naturhistorischen Museums ins St. Johann für das Antikenmuseum und das Historische Museum auch gleich eine Lösung gefunden haben. Im Gegenteil, wir werden weitere Diskussionen um die Museen führen, und deshalb ist es richtig zuzuwarten, allenfalls ein gemeinsames Haus zu planen oder noch einmal einen Schritt zurückzugehen.

Auch ich bin nicht befriedigt, wenn ein Naturhistorisches Museum über mehrere Jahre geschlossen würde. Aber es gibt auch Schlimmeres. Es werden nicht ganze Generationen von Schulkindern kein Naturhistorisches Museum sehen. Auch Schul Kinder aus dem Kanton Uri haben schon ein Naturhistorisches Museum gesehen, und der Kanton Uri verfügt über kein eigenes Naturhistorisches Museum. Das ist auch nicht nötig, denn in der Schweiz sind die Wege kurz, und man kann durchaus einer Schulklasse zumuten, dass sie einmal in eine andere Stadt gehen würde. Das ist kein Argument für den Neubau.

Ebenfalls ist es kein Argument für den Neubau, dass der Berri-Bau saniert werden muss. Ja, wir müssen dort eine Lösung finden, aber diesen Weg können wir auch in einem zweiten Schritt gehen. Es wurde gesagt, etwas anderes als ein Museum sei im Berri-Bau nicht unterzubringen. Ich sehe das ähnlich. Wir müssen eine Lösung finden, aber nicht die, die jetzt vorgeschlagen wird.

Ich möchte noch einmal betonen, mein Votum bedeutet kein Nein zum Naturhistorischen Museum, im Gegenteil, es ist ein Ja zur Museumslandschaft, ein Ja zur Kultur in Basel-Stadt. Wir wollen diese Museen weiter stärken und fördern, wir wollen das tun mit dem Haus der Geschichte. Wir haben Ja gesagt zu den Fr. 2'000'000 zusätzlichen Betriebsmitteln im Kunstmuseum. Abgesehen davon, fehlt hier immer noch die Abschlussrechnung des Neubaus.

Wir sehen den Konflikt, den Sebastian Kölliker angesprochen hat zwischen Populärkultur und Hochkultur. Diesen Konflikt müssen wir lösen. Das können wir aber nicht mit der Trinkgeldinitiative tun. Mit einem Ja heute zementieren Sie einen Status über mehrere Jahrzehnte, Sie lösen Ausgaben von einer halben Milliarde Franken aus. Ich bin der Meinung, dass das sehr viel Geld ist und dass es sich deshalb lohnt, noch einmal einen Schritt zurückzugehen. Uns liegt immer noch kein neues Kulturleitbild vor, kein Entwurf des Museumsgesetzes. Wir befinden uns in einem Status, angesichts dessen es durchaus Sinn macht, noch etwas zuzuwarten und der Dinge, die da kommen, zu harren. Es gibt viele Sprichwörter, man kann jede Situation mit einem Sprichwort bemühen, und das mach ich nun auch: Gut Ding will Weile haben. Insofern bitte ich Sie, diesen Ratschlag heute entweder zuerst an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem klaren Auftrag, uns etwas Neues vorzulegen, oder aber bei allfälligem Scheitern des Rückweisungsantrags die Vorlage abzulehnen. Den Antrag auf obligatorisches Referendum wird unser Kommissionspräsident erläutern. Wir sind der Ansicht, dass es richtig ist, dass das Volk darüber entscheiden kann. Thomas Grossenbacher hätte den Antrag beim Ozeanium stellen können, ich bin nicht sicher, dass ich ihn abgelehnt hätte.

### Zwischenfragen

*Sebastian Kölliker (SP):* Sie sagen, das Projekt soll zurückgewiesen werden. Aber beim Rückweisungsantrag der FDP gibt es ja den Hintergedanken, dass das gleiche Projekt mit etwas weniger Geld vorgelegt wird. Würde das nicht allem anderen widersprechen, das Sie vorher gesagt haben?

*Joël Thüring (SVP):* Bei einer Rückweisung muss die Regierung erneut über die Bücher gehen, der Antrag ist nicht, noch einmal das Gleiche zu bekommen. Deshalb müssen wir so gelassen sein um abzuwarten, was die Regierung uns dann vorlegt.

*Stephan Luethi-Brüderlin (SP):* Es sei unklar wegen des Grundwassers, haben Sie gesagt. Weiter haben Sie als gutes Beispiel die Museumsinsel in Berlin erwähnt. Da liegt rundum Wasser und vermutlich auch Grundwasser. Haben Sie abgeklärt, wie es sich dort verhält?

*Joël Thüring (SVP):* Das habe ich nicht abgeklärt.

*Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD:* Ich möchte wissen, wo Sie das neue Haus der Geschichte

bauen würden und was Sie dann mit der Barfüsserkirche machen würden.

*Joël Thüring (SVP):* Wenn Sie mich in ein Projektteam delegieren wollen, kann ich Ihnen Tipps geben. Ich glaube, es gibt Alternativstandorte, ich denke zum Beispiel ans Dreispitz-Areal. Es gibt viele interessante Areale in der Stadt.

### Schluss der 38. Sitzung

12:00 Uhr

---

### Beginn der 39. Sitzung

Mittwoch, 9. Januar 2019, 15:00 Uhr

*Catherine Alioth (LDP):* Der Ratschlag zum Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv hat in den letzten Monaten und Wochen in der Presse und im Grossen Rat viel zu reden gegeben, mit wohlwollenden wie auch kritischen Worten. Lassen Sie mich im Folgenden einige der Punkte hervorheben, welche die LDP-Fraktion überzeugen, diesem Ratschlag entschlossen zuzustimmen.

Zum Standort: Das Quartier St. Johann ist ein aufstrebendes Quartier, das sich von einem einzigen Industrie- und Arbeitsquartier zu einem wachsenden und beliebten urbanen Wohn- und Kulturquartier entwickelt. Die Anfahrtswege mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind geradezu ideal. Mit dem Tram Nr. 1 fährt man direkt in 10 Minuten vom Bahnhof SBB zum Bahnhof St. Johann, direkt vor das neue Museum, oder mit mehreren Buslinien in wenigen Minuten von der Schiffände zum Kannenfeldplatz. Es gibt sogar Parkplätze im gegenüberliegenden Coop Supermarkt Vogesenplatz.

Die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist attraktiv für Schulklassen, Familien und Besucher, die nicht gut zu Fuss sind. Das Naturhistorische Museum ist das meistbesuchte Museum der Stadt für Schulklassen, es ist nach dem Kunstmuseum das zweitmeist besuchte staatliche Museum der Stadt, und es ist schlicht das Familienmuseum der Stadt Basel.

Weshalb ein Neubau? Beide Gebäude, welche die Institutionen beherbergen, sind in die Jahre gekommen. Sie weisen gravierende strukturelle, energetische und klimatische Mängel auf. Eine Sanierung ist mehr als überfällig, damit das unersetzliche Kulturgut keine irreparable Schäden annimmt. Zum Beispiel ist im Staatsarchiv nur ein Stockwerk klimatisiert, was zu potentiellen Schäden des Archivgutes führt und in den Lesesälen die Temperaturen im Sommer über 30° ansteigen lässt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Das Staatsarchiv ist zudem an seine Kapazitätsgrenze angelangt und braucht bis 2022 einen zusätzlichen sechsten Standort, damit es seine Kulturgüter aufbewahren kann. Der Neubau bietet für sein Archivgut eine Depotkapazität für die nächsten 30 Jahre. Somit können die jetzigen fünf Lagerstandorte aufgelöst und deren Mietkosten eingespart werden.

Im Naturhistorischen Museum besteht dringender und akuter baulicher Handlungsbedarf. Das Dach des Museums ist undicht, was zu Schimmelbefall des Lagergutes führt. Zudem wurde jüngst ein Milbenbefall der Exponate, die im Garderobenbereich stehen, festgestellt, was dazu führt, dass diese entfernt werden müssen. Der gesamte Zustand des Gebäudes ist auf Dauer unhaltbar.

Die Sanierung des Berri-Baus bedeutet, dass das Naturhistorische Museum für rund sechs Jahre geschlossen werden müsste. Heute besuchen jährlich rund 1'500 Schulklassen das Museum, das sind sechs bis acht Schulklassen pro Tag. Das bedeutet, dass eine ganze Generation das Museum nicht besuchen könnte, was für die schulische Bildung nachteilig ist. Die Gegner des Ratschlags verweisen darauf, dass die Schüler die mit Basel vergleichbaren naturhistorischen Museen in Bern oder Genf besuchen können. Dass dies für die Schulen mit einem unverhältnismässig organisatorischen Extraaufwand, zeitlich wie kostenmässig, verbunden ist, brauche ich nicht weiter zu erläutern. Mit dem Neubau kann der Betrieb mit einem lediglich zwei- bis dreimonatigen Unterbruch für den Umzug an den neuen Standort gewährleistet werden.

Weshalb braucht es einen gemeinsamen Bau? Das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv sind zwei bedeutende traditionsreiche Basler Institutionen. Das Staatsarchiv beherbergt und pflegt das Archiv unserer Stadt. Das Naturhistorische Museum beherbergt und erforscht die Archive des Lebens. Beide Institutionen werden in einem gemeinsamen Bau voneinander profitieren, betrieblich wie auch inhaltlich, durch Effizienz, Austausch und Bereicherung.

Welche Alternativen gibt es? Keine. Eine Zweistandortlösung wurde sorgfältig geprüft, sie kommt um einiges teurer. Auch die Betriebskosten für die Institutionen würden deutlich höher zu stehen kommen. Dazu kommt, dass das Naturhistorische Museum im sanierten Berri-Bau wegen den notwendigen baulichen Massnahmen massiv an Ausstellungsfläche verlieren würde. Der neue Standort brächte hingegen ein Mehr an Benutzerfläche für beide Institutionen. Für das Naturhistorische Museum sind rund 70%, für das Staatsarchiv sogar fast 90% berechnet. Man muss sich vorstellen, welche neuen Möglichkeiten das für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv mit sich bringt.

Eine Ablehnung des Ratschlags wäre ein Rückschritt auf Feld 1. Das Staatsarchiv würde in eine Krise stürzen, das Archivgut würde gefährdet und die Kapazitätsgrenze erreicht bzw. überschritten. Das können wir nicht verantworten. Auch beim Naturhistorischen Museum sind die heutigen Bedingungen prekär und es braucht ebenso dringend eine neue Lösung.

Die Planung, die Prüfungen, Berechnungen und Abklärungen der letzten Jahre sind nun an einem Punkt angelangt, an

dem der gemeinsame Neubau die einzige vernünftige Lösung für beide Institutionen ist. Sie können ihren Auftrag, die Sammlung als Universitätsgut und Forschungsgegenstand zu erhalten, erfüllen. Sie können mit einem vergrösserten Angebot im Bereich Dauer- und Sonderausstellungen mehr Besucher anziehen. Sie können mittels besserer Vermittlungsmöglichkeiten und -angeboten das Staatsarchiv und Naturhistorische Museum als Orte der Bildung stärken.

Die Kosten sind im Rahmen der prognostizierten Bausumme von 2013. Die damals geschätzten Investitionskosten für Gebäude und Ausstattung beliefen sich bei einer Kostengenauigkeit von +/- 20% auf Fr. 190'000'000. Heute, fünfeinhalb Jahre später, sind es Fr. 197'000'000. Da kann man fast von einer Punktlandung sprechen. Dafür erhalten beide Institutionen einen bedeutenden Mehrwert - grössere Ausstellungsfläche und bessere Infrastruktur. Lust but not least, ist dieser Neubau auch ein Standortgewinn für Basel. Ich bitte Sie deshalb, dem vorliegenden Vorschlag zuzustimmen und den Antrag auf Rückweisung abzulehnen sowie ein Referendum nicht zu unterstützen.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP):* Auch die CVP/EVP-Fraktion unterstützt diesen Ratschlag, allerdings nicht ganz so erfreut wie die Vorrednerin, sondern mit einem deutlichen Zähneknirschen. Wir haben den Eindruck bekommen, dass keine Alternative vorliegt, es ist dringendster Handlungsbedarf gegeben, wir haben keine andere Wahl, als diese riesige Summe in die Hände zu nehmen und zu sprechen. Das ist immer ein ungutes Gefühl.

Ich möchte mich nicht weiter an der Debatte beteiligen, ob eine Museumsstrategie vorhanden ist oder nicht, hier werden wir uns nicht finden. Aber die Regierung würde gut daran tun zur Kenntnis zu nehmen, dass zumindest ein grosser Teil des Grossen Rats das Vertrauen noch nicht wieder zurückgewonnen hat, was die Museumsstrategie der Regierung betrifft. Die Regierung sollte sich überlegen, was sie tun kann, um dieses Vertrauen wiederherzustellen.

Wir werden die Vorlage aber unterstützen und wir bitten Sie um Zustimmung.

*Oswald Inclin (CVP/EVP):* Lassen Sie mich drei Stichworte kurz näher erläutern, die heute, aber auch schon im Vorfeld dieser Debatte gefallen sind: Museumsinsel, Haus der Geschichte, Leuchtturm.

Ich kann Ihnen schon sagen, welches Museum in Basel peripher liegt, es ist die Fondation Beyeler. Trotzdem finden jährlich fast eine halbe Million Menschen den Weg in die Fondation Beyeler, weil es ein tolles Museum ist. Die 122'000 Besuchenden jährlich gehen nicht ins Naturhistorische Museum, weil sie sich in Gehdistanz zum Kunstmuseum befinden, sondern weil es eben ein tolles Museum ist. Das neue Naturhistorische Museum wird ein noch tollereres Museum werden, und ich bin überzeugt, dass am neuen Standort mit dem neuen Konzept sogar noch mehr als 122'000 Besuchende den Weg in den St. Johann-Bahnhof finden, erst noch mit besseren Verbindungen. Der Triple-Museumsbau, den Joël Thüring vorschlägt, würde ebenfalls peripher zu stehen kommen. Dreispitz, Lysbüchel, Klybeck, Rosental, Wolfareal, allenfalls Bäumlihofmatte? Er wird sicher nicht für Fr. 240'000'000 zu haben sein, schon gar nicht zusammen mit dem Staatsarchiv.

Die Idee des Hauses der Geschichte ist nicht neu, Alt-Regierungspräsident Guy Morin hat diesen Begriff bereits in die Debatte einfließen lassen im Vorfeld der Kulturstrategie 2012. Die Idee wurde so stark zurückgebremst mit einem Aufschrei, dass er sofort den ersten Vorschlag begraben und einen zweiten Vorschlag vorgelegt hat. Das Haus der Geschichte ist schlicht nicht mehrheitsfähig. Warum gehört nach SVP zum Haus der Geschichte das Naturhistorische Museum, das Historische Museum und das Antikenmuseum? Ich würde das Museum der Kulturen passender finden. Aber es passt eben nicht, weil es nicht zur Debatte steht, und deshalb muss das Naturhistorische Museum in das Haus der Geschichte eintreten, was keinen Sinn macht.

Es macht speziell aufgrund der Sponsorensituation keinen Sinn. Wir werden in Zukunft in einem Triple-Museum fast sämtliche Sponsoren der einzelnen Museen verlieren, weil sie sich nicht mit den einzelnen Häusern identifizieren können. Bereits jetzt gibt es Schwierigkeiten aufgrund des Wechsels vom Historischen Museum ins Kunstmuseum. Will denn ein Sponsor des Historischen Museums eine Ausstellung im Kunstmuseum sponsern? Das ist die Frage.

Zum Leuchtturm: Das Kunstmuseum ist einer unserer touristischen Leuchttürme und soll auch ein solcher bleiben. Aber der heimliche Leuchtturm für die Basler Familien und Jugendlichen ist das Naturhistorische Museum, das nach der Fondation Beyeler und dem Kunstmuseum jedes Jahr die drittgrösste museale Attraktion in Basel darstellt, ganz zu schweigen von den 1'200 Schulklassen pro Jahr. Dieser Leuchtturm muss sich entwickeln können, genau gleich wie sich das Kunstmuseum mit dem Erweiterungsbau entwickeln kann. Sie können die Basler Museumslandschaft in den heutigen Bauten mit den bestehenden Betriebsmitteln einfrieren und damit auch das Naturhistorische Museum artgerecht petrifizieren. Aber diese passive Ersatzstrategie mangels einer offensichtlich nicht vorliegenden prospektiven Museumsstrategie zu fahren macht die Museumsstadt Basel mittelfristig kaputt.

Tragen wir Sorge zu unserem heimlichen Leuchtturm und geben wir diesem Museum ein ihm angemessenes Entwicklungspotential, damit auch die Generation unserer Urgrosskinder ein ihnen zeitgemässes Museumserlebnis haben kann.

*Martina Bernasconi (FDP):* Ich hatte einen amüsanten Morgen. Joël Thüring hat mir meinen Einstieg schon vorweggenommen. Auch ich musste schmunzeln, als Regierungsrat Hans-Peter Wessels von einer kristallklaren Museumsstrategie gesprochen hat. Wir wissen alle, dass es überhaupt keine kristallklare Museumsstrategie gibt. Aber das ist heute ja nicht das Thema.

Zum anderen war ich sehr erstaunt über die kognitive Bescheidenheit der erneuten Idee eines Hauses der Geschichte von Seiten der SVP. Eine weitere Idee könnte auch sein, das Naturhistorische Museum zum Beispiel mit dem Ozeanium zu verbinden. Vielleicht lassen sich da auch Synergien finden.

Aber kommen wir zu den Argumenten. Kulturleitbild 2011: Alt-Regierungspräsident Guy Morin hatte vom Haus der

Geschichte gesprochen. Es wäre der optimale Zeitpunkt gewesen, weil die zwei Direktionen der Museen in Pension gingen. Es ging ein Aufschrei durch alle Parteien, durch die ganze Bevölkerung. Das sei nicht möglich. Guy Morin und sein Team haben sich damals echt bemüht, möglich zu schaffende Synergien zu finden. Sie sind gemeinsam zum Schluss gekommen, dass zwischen Staatsarchiv und Naturhistorischem Museum Synergien geschaffen werden können. Das war dann auch mehrheitsfähig. Wir haben zwei Mal im Grossen Rat mit grossem Mehr zugestimmt zum Standort, zur Fusion dieser zwei Institutionen und drei Jahre später zum Projektierungskredit. Joël Thüring meinte, "Gut Ding will Weile haben". Das ist nun wirklich der Weile genug. Jetzt wird gehandelt, sonst sehe ich schwarz für das Naturhistorische Museum und für das Staatsarchiv Basel.

Museumsstrategie: Stephan Mumenthaler hat dazu bereits Vieles gesagt. Es fehlt nach wie vor eine Priorisierung, da muss die Regierung vorwärts machen. Auch die höheren Betriebskosten, die der Bau mit sich bringen wird, sind zwar einleuchtend, aber eigentlich zu hoch. Wir haben nicht gesagt, dass auch das Naturhistorische Museum zu einem internationalen Leuchtturm werden soll.

Standort: Dieser Standort ist alles andere als peripher, und das Naturhistorische Museum hat keine Laufkundschaft. 90% sind Schulklassen, Familien aus der Region, die dieses Museum ganz gezielt besuchen.

Welche Alternativen gibt es? Jede Alternative kommt viel teurer zu stehen. Wenn wir jetzt den Berri-Bau sanieren, was dringend notwendig ist, und danach wieder das Naturhistorische Museum einzieht, dann kommt das teurer. Es wird ausserdem weniger Ausstellungsfläche, weniger Fläche für Schulklassen zur Verfügung haben, und es platzt jetzt schon aus allen Nähten. Dieser Neubau ist also absolut notwendig. Ich bitte Sie eindringlich um Zustimmung.

### Zwischenfrage

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin verwirrt. Ihre Fraktion will zurückweisen. Ist das nicht ein Widerspruch?

*Martina Bernasconi (FDP):* Nein, das ist kein Widerspruch. Rückweisung ist effizienter als ein Rückschritt auf Feld 1. Ausserdem bin ich nicht für Rückweisung.

*Claudio Miozzari (SP):* Schauen Sie nach oben. Über dieser Decke ist ein Raum des Staatsarchivs. Da lagern die alten Kantonsblätter und viele alte Regierungsratsbeschlüsse. Sie sehen, es gibt eine grosse Nähe zwischen Grosse Rat und Staatsarchiv. Die Nähe ist nicht zufällig. Das Staatsarchiv hat eine grosse Bedeutung für die Demokratie, es macht staatliches und politisches Handeln nachvollziehbar. Als man den Grossratssaal neu gebaut hat, hat man auch ein neues Staatsarchiv gebaut. Es ist ein Modell, das sehr schön gelungen ist, vor 120 Jahren.

Nun sind wir etwas weiter. Es findet nicht mehr die gesamte Verwaltung im Rathaus Platz. Wir haben noch andere Standorte. Das Staatsarchiv ist aber immer noch hier, und es braucht dringend eine neue Lösung.

Wir haben viel mehr über das Naturhistorische Museum diskutiert als über das Staatsarchiv, deshalb habe ich diesen Einstieg gewählt. Zum Naturhistorischen Museum gibt es verschiedene Ansichten, beim Staatsarchiv ist dies offenbar weniger der Fall. Hier stehen wir vor einem Richtungsentscheid: Wollen wir ein ambitioniertes Museum oder eines, das eher in unteren Ligen spielt. Das ist eine spannende und wichtige Diskussion. Wenn jemand sagt, dass wir diese Diskussion nur führen müssen, weil die Museumsstrategie nicht so glasklar ist, dann muss ich sagen, dass wir diese Diskussion mit oder ohne Museumskonzept bei jeder Vorlage neu führen müssen. Das ist wichtig. Die SP möchte diese Diskussion führen, und zwar nicht nur für die Staatskulturbetriebe, sondern auch für kleine, private Kulturschaffende und Institutionen, die uns ebenso wichtig sein müssen, auch wenn sie weniger kosten. Sie haben unsere Wertschätzung verdient.

Ich bitte Sie, diese Vorlage zu unterstützen.

### Zwischenfrage

*David Jenny (FDP):* Sie haben den Begriff Staatskulturbetriebe verwendet. Ich dachte immer, wir hätten staatliche Kulturinstitutionen, aber keine Staatskultur. Irre ich mich?

*Claudio Miozzari (SP):* Sie haben natürlich Recht.

*Pascal Messerli (SVP):* **beantragt** Unterstellung unter das obligatorische Referendum.

Auch ich bitte Sie, diesen Ratschlag abzulehnen, bzw. zuerst den Rückweisungsantrag der FDP zu unterstützen. Zusätzlich stelle ich den Antrag, den Beschluss dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

Eigentlich wollte ich mich nur noch zu den Kosten äussern, weil Joël Thüring die wichtigsten Argumente schon genannt hat. Aber das Votum von Regierungsrat Hans-Peter Wessels hat mich doch noch dazu motiviert, etwas mehr zu sagen.

Zur Planung und zur Strategie, die angeblich kristallklar sei. Es wurde uns heute die heile Welt gepredigt, Fakt ist aber, dass wir jahrelang auf eine Museumsstrategie gewartet haben. Nun liegt eine Museumsstrategie vor, und wir stellen fest, dass eben keine Strategie vorhanden ist. Es gibt viele Museen, die sich in der Vergangenheit teilweise auch öffentlich beklagten über die aktuelle Situation. Das Kunstmuseum brauchte mehr Geld als geplant und nun stellt man uns ein quasi halboffizielles Ultimatum. Wenn wir heute nicht zustimmen würden, dann müsste das Naturhistorische Museum jahrelang schliessen.

Ich finde dieses Quasi-Ultimatum unsäglich. Wir sind freie Parlamentarierinnen und Parlamentarier und können zu einem konkreten Projekt auch Nein sagen. Wenn die Schliessung eines Museums das Resultat ist von einem Nein, dann ist die Planung nicht hervorragend und die Strategie nicht kristallklar, sondern schlicht und einfach mangelhaft.

Hinsichtlich des Standorts kann man geteilter Meinung sein. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das St. Johann eine Randregion ist. Die Fondation Beyeler in Riehen ist sicherlich noch mehr am Rand. Aber ich finde schon, dass es sehr mutig ist vom Regierungsrat, wenn er sagt, dass der Standort St. Johann besser gelegen sei als die Innenstadt. Meiner Meinung nach ist sicherlich keine Verbesserung des Standorts gegeben.

Wir sprechen von Fr. 214'000'000, und die Betriebskosten werden tendenziell höher. Hier frage ich mich, wo man als Parlament die Prioritäten setzen will. Beim Ozeanium gab es viel kritischere Stimmen. Man hat sofort auch klar gesagt, dass der Zoo und das Ozeanium keine weiteren Gelder mehr vom Kanton bekommen sollen, und hier wird ein Ratschlag relativ locker durchgewinkt, obwohl aus diversen Fraktionsvoten klar wurde, dass die allerletzte Begeisterung für dieses Projekt fehlt.

Die Fraktion der SVP ist der Meinung, dass durchaus andere Varianten möglich sind, dass man beispielsweise mehrere Museen ins Haus der Geschichte eingliedern könnte. Ein Nein heute ist kein Nein zum Naturhistorischen Museum. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen und eventualiter der Bevölkerung das Schlusswort zu geben und den Beschluss dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Ein Volks-Ja hätte eine viel grössere Legitimation, auch die Befürworter können ja nicht dagegen sein.

*David Wüest-Rudin (fraktionslos):* Die Grünliberalen können Vielem überzeugt zustimmen. Die Bedeutung des Entscheids ist gross, der Handlungsbedarf ist unbestritten, ein Neubau ist richtig, die Zusammenlegung der zwei Institutionen macht Sinn, der Standort St. Johann ist richtig oder zumindest vertretbar. Dennoch werden wir für die Rückweisung stimmen. Stephan Mumenthaler hat die genau richtigen Argumente genannt. Es wurde erwähnt, dass mit diesem Projekt die künftigen jährlichen Ausgaben im Betrieb massiv zunehmen. Das ist für uns so nicht nachvollziehbar. Es geht dabei nicht um die grossen Investitionskosten, es geht vor allem um die künftigen technischen und inhaltlichen, um die Unterhalt- und Betriebskosten. Wir haben kürzlich eine Debatte über die Staatsausgaben geführt. Wir haben die Verantwortung, nicht laufend die Ausgaben zu erhöhen. Wir wollen mit diesem notwendigen Neubau nicht die jährlichen Kulturausgaben weiter erhöhen.

Wir haben einen Neubau, dem wir zustimmen sollen, der betriebliche und technische Verbesserungen bringt, Synergien schaffen soll, und das soll sich auch finanziell auswirken. Es heisst nicht, dass durch die Zusammenführung etwas gespart werden soll, dass man weniger ausgibt, sondern man soll gleich viel ausgeben wie heute. Man soll ein Mehr an Leistung herausholen zum gleichen Preis. Das muss der Anspruch sein, und das ist aus unserer Sicht auch möglich.

Wir können nicht immer höhere Ausgaben im Kulturbereich bewilligen. Wir haben für das Kunstmuseum zwei Millionen Mehrausgaben, wir haben die Jugendkulturpauschale erhöht, die vorberatende Kommission will die Ausgaben für das Vorstadtheater erhöhen, und nun erhöhen wir hier die betrieblichen Ausgaben. Immer mehr, mehr und mehr.

Was wir hier beschliessen, hat finanzielle Folgen für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Ich möchte vor allem der linken Ratsseite in Erinnerung rufen, dass wir mehr gebundene Ausgaben haben für klassische grosse Institutionen, und es werden Mittel fehlen für junge und innovative Kunst. Wenn wir hier zustimmen, soll man in Zukunft nicht über die Vernachlässigung von junger und innovativer Kunst klagen. Denn wir werden das Geld hier investiert haben.

Mit einer Rückweisung ermöglichen wir, das Projekt eines Neubaus im St. Johann neu zu beurteilen und zu verbessern. Wenn wir den Beschluss wie vorgelegt annehmen, wird eine Volksabstimmung folgen, entweder über das obligatorische oder das fakultative Referendum, und das Projekt ist angreifbar. Mit einer Rückweisung verbinden wir zwei Hoffnungen. Erstens dass eine Beschaffung über den gesamten Lebenszyklus geprüft wird, das heisst dass man einen Anbieter findet, der plant, baut, unterhält und technisch betreibt während eines festgelegten Zeitraums. Man kann damit die künftigen Betriebs- und Unterhaltskosten des Baus kontrollieren und durch den Wettbewerb optimieren. Das heisst, wir werden bei gleicher Leistung günstiger kommen.

Wir würden erwarten, dass der Rahmen der jährlich wiederkehrenden Kosten gesichert in der heutigen Höhe weitergeführt wird. Darum bitten wir Sie, die Ausgabenbewilligung zurückzuweisen, damit ein Neubau im St. Johann realisiert wird, der nicht zu künftigen jährlichen Mehrkosten führt und damit eine optimale Beschaffung über den Lebenszyklus geprüft wird.

### Zwischenfrage

*Tim Cuénod (SP):* Sind Sie sich darüber im Klaren, dass die Betriebs- und Unterhaltskosten auch in den bestehenden Räumlichkeiten höher werden als das gegenwärtig der Fall ist, auch wenn nichts unternommen wird?

*David Wüest-Rudin (fraktionslos):* Natürlich, darum wollen wir ja einen Neubau, wir wollen nicht an den jetzigen Infrastrukturen festhalten. Aber das Projekt im St. Johann muss überarbeitet und verbessert werden, damit die Betriebs- und Unterhaltskosten in Zukunft nicht so viel höher sind.

*Patrick Hafner (SVP):* Ich bin ein Freund des Naturhistorischen Museums und deshalb ist es mein Anliegen, dass das richtig gemacht wird oder ansonsten gar nicht, zumindest nicht im Moment. Mit richtig meine ich, nicht an einem Standort, der automatisch durch die Lage Mehrkosten verursacht. Störfallvorsorge und Grundwasser sind bedeutende Kostenfaktoren.

Ich bin nicht der einzige, der dieses Projekt nicht so gut findet. Es gibt Leute, die das Naturhistorische Museum in- und auswendig kennen und die das Projekt gar nicht gut finden. Ich hatte vor Kurzem Gelegenheit, mit der entsprechenden Person zu sprechen, und diese hat mir ihre Bedenken sehr deutlich geäussert. Beim Betrachten der Grundrisse stellt man unweigerlich fest, dass es sich um eine räumliche Zwängerei handelt. Jedes Wohnhaus würde man als Schlauch zurückweisen. Der Grossteil der Ausstellungsräume ist überdies im 2. OG, der zweite Teil im 2. UG. Damit wird vielleicht noch klarer, was ich meine. Diese Parzelle passt für das Museum nicht.

Ich staune immer wieder, wie unflexibel das Denken bei uns im Kanton ist. Wir sind ein Kanton mit sehr beschränkten räumlichen Ressourcen, wir haben aber gerade in letzter Zeit eine ganze Palette von neuen Möglichkeiten erhalten durch Unnutzung von früher industriell genutzten Arealen. Ich wundere mich, dass einerseits immer dieselben Forderungen aufgestellt werden, dass andererseits die Flexibilität im Denken fehlt.

Das Projekt für einen gemeinsamen Bau an diesem Standort sehe ich überhaupt nicht. Wenn es wirklich so überzeugend wäre, müssten Sie sich mit keiner einzigen Stimme gegen ein obligatorisches Referendum wehren. Denn dann hätte man die Legitimation von der Bevölkerung. Das obligatorische Referendum wäre also das Minimum. Ich meine aber, dass eine Zurückweisung sehr viele Chancen böte. Alternativlos ist sicher kein gutes Stichwort. Wenn sowohl Rückweisung wie obligatorisches Referendum nicht kommen, kann ich Ihnen nur Ablehnung empfehlen, um etwas Besserem die Bahn zu brechen.

*Mark Eichner (FDP):* Um Ihnen den Facettenreichtum des "offen" unserer Fraktion darzulegen, möchte ich Ihnen auch meine Position erklären. Wie Sie wissen, engagiere ich mich nicht nur im Rahmen der GGG für das kulturelle Basel, sondern ich bin auch Mitglied der Stiftung für das Historische Museum. Ich lege diese Interessenbindung bewusst offen, weil es mir wirklich nicht einfach fällt, gegen ein so wichtiges Kulturprojekt wie das hier vorliegende zu votieren und zu stimmen.

Anders als die Vorredner meiner Fraktion bin ich nämlich weder vom Neubau noch von dessen Standort überzeugt. Ich halte auch das hier vielfach gepredigte Rotationskonzept der Museen nicht für zwingend, und die Folge dieser Rotation, die Aufgabe des Standorts des Antikenmuseums, finde ich sehr schade. Bei allen grossen Museen dieser Welt ist es selbstverständlich, dass gelegentlich einzelne Flügel renoviert werden, diese dann geschlossen sind und die dort befindliche Sammlung nicht oder in einer anderen Form zugänglich ist. Der Handlungsbedarf beim Staatsarchiv ist auch für mich unbestritten, aber ich sehe nicht ein, wieso das Staatsarchiv seine dringend benötigte Flächenerweiterung in einem musealen Bau realisieren muss und wieso das nicht in einem Funktionsbau möglich sein soll.

Diese Punkte sind bei aller Vorgeschichte und beim ganzen Theater um ein Museumskonzept Grund genug, ein so teures Projekt nicht nur zur leichten Nachbesserung zurückzuweisen, sondern wirklich abzulehnen, damit wir von Feld 1 neu beginnen können, um zu überlegen, was wir mit unseren schönen Museumsbauten tun wollen.

So geht es für mich nicht, und deshalb werde ich das Projekt ablehnen.

*Michael Koechlin (LDP):* Die zuständigen Departemente, die Fachleute in den Museen, in den Kommissionen, in den Stiftungen befassen sich rund zehn Jahre mit dieser Thematik. Wir befassen uns ein paar Stunden damit, vielleicht ein paar Tage, vielleicht ein paar Wochen und kommen mit unendlich viel besseren Ideen als diese zehnjährige Arbeit von Fachleuten hervorgebracht hat. Das wundert mich ein bisschen.

Ich möchte zu den Sachargumenten nicht mehr viel sagen, da wurde in den Voten der beiden Departementsvorstehenden, der beiden Kommissionspräsidenten bereits sehr viel Richtiges und Einleuchtendes gesagt. Es fällt mir nur der Titel der aktuellen Sonderausstellung im Naturhistorischen Museum ein: "Wer Ohren hat zu hören, höre".

Warum gibt es solche Widerstände gegen dieses Projekt, das ich für eines der am ausgereiftesten, am längsten diskutierten, am sorgfältigsten durchgearbeiteten Projekte halte? Die Frage kann man sich wirklich stellen. Ich möchte nur ein paar Gedanken, wie ich mir das erklären kann, hier formulieren. Das Geld: Fr. 214'000'000 - das ist viel Geld. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man in einer Referendumsabstimmung mit so einer Zahl ziemlich gut taktieren und operieren kann. Wenn man die Zahl auseinandernimmt, zeigt sich Folgendes: Wir sprechen von den Kosten für zwei Institutionen und das ist nicht Geld, das wir von der Mittleren Brücke aus in den Rhein werfen. Es ist eine Investition, die einen gewaltigen Return gibt. Einen ganz direkten, materiellen finanziellen Return, fliesst doch das Geld in Löhne usw. Wir füttern einen Kreislauf, aber es bringt auch einen gewaltigen ideellen Return on investment. Wenn wir diese Fr. 214'000'000 in Relation setzen zu den Werten, die sich in diesen Institutionen befinden, dann würde das Bild auch schon anders aussehen.

Der Begriff "Archive des Lebens" ist ein geschickter Begriff, hat aber einen Nachteil. Viele von uns verbinden mit dem Begriff Archiv etwas sehr Statisches, Ruhendes, sich in Kellern Befindliches. Man schickt die Praktikantin ins Archiv, um ein bisschen Ordnung zu machen. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Hier handelt es sich um zwei äusserst lebendige Archive und lebendige Archive brauchen Raum, Infrastruktur, um arbeiten zu können. Es ist kein Geheimnis, dass ich immer der Meinung war, dass die Museen und das Staatsarchiv näher bei der Bildung liegen als bei der Kultur. Aber die Möglichkeit, uns zu freuen darüber, dass wir uns so etwas schenken können, könnte ja auch eine Variante sein.

Ich hoffe sehr, dass wir es schaffen, die Vorlage im Parlament durchzubringen. Ich gehe auch davon aus, dass wir eine intensive Diskussion im Zusammenhang mit der Referendumsabstimmung führen werden.

#### Zwischenfrage

*Joël Thüring (SVP):* Ich nehme Ihnen den Vorwurf, wir hätten uns nur wenige Wochen mit diesem Geschäft befasst, nicht



übel. Ist Ihnen aber bewusst, dass sich die BKK seit etwa Februar 2018 mit diesem Geschäft befasst? Es zeigt sich, dass diejenigen, die heute dagegen sind, sich doch sehr intensiv mit diesem Geschäft auseinandergesetzt haben. Teilen Sie nicht die Einschätzung, dass Ihre Theorie angesichts dessen nicht stimmt?

*Michael Koechlin (LDP):* Ich teile diese Einschätzung überhaupt nicht, aber ich bin bereit, die Liste von Stunden, Wochen und Tagen noch mit Monaten zu ergänzen.

*Michelle Lachenmeier (GB):* Ich erlaube mir, den Fokus dieser Diskussion noch einmal auf die Forschung und die Bildung zu setzen, mit dem Risiko, dass es zu Wiederholungen kommt.

Die letzten Monate haben mir gezeigt, dass teilweise ein verkürztes Bild des Naturhistorischen Museums besteht. Es geht bei diesem Projekt nicht einfach nur darum, ein paar ausgestopften Tieren und dem beliebten Höhlenbären ein neues Zuhause zu bauen. Das Museum hat den Auftrag, seine Sammlung zu bewahren, zu erforschen, zu dokumentieren und zu vermitteln. Die Sammlung, die zu Recht Archive des Lebens heisst, ist sehr umfangreich und einmalig mit Fundobjekten aus der ganzen Welt und mit sehr alten Zeitzeugen.

Das Museum stellt diese Sammlung auch der wissenschaftlichen Bearbeitung zur Verfügung. Viele Forscher und Forscherinnen besuchen die Sammlung vor Ort - es gibt über 400 Besuchertage allein von Forschenden pro Jahr - oder das Museum schickt den Forschenden Sammlungsstücke zu. Hier handelt es sich um über 10'000 Objekte, die pro Jahr ausgeliehen werden. Das Museum ist zudem Teil des Projekts "One World Collection", das zum Ziel hat, die 50 weltgrössten Museumssammlungen zu erfassen und dadurch ein virtuelles globales Naturhistorisches Museum zu schaffen. Das heisst auch, dass unser Museum zum Kreis der wichtigsten Naturhistorischen Museen der Welt gehört.

Unser Kanton hat eine Verantwortung für diese Sammlung und damit auch für die Geschichte, welche diese Sammlungsstücke erzählen. Es gibt Objekte, die vielleicht heute eher noch unbedeutend erscheinen, von denen aber in Zukunft dank neuen Technologien wichtige Erkenntnisse beispielsweise für das Verständnis der Biodiversität oder des Klimawandels gewonnen werden können. Es ist daher äusserst wichtig, dass diese Objekte sicher aufbewahrt werden und auch den künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Am neuen Ort kann die Sammlung fachgerecht aufbewahrt und besser präsentiert werden. Das Gleiche gilt für das Staatsarchiv, das die gleichen Bedingungen braucht wie das Museum.

Das Museum macht in den letzten Jahren durch neue Entdeckungen immer wieder international von sich reden, beispielsweise mit dem internationalen Forschungsprojekt, das Parasiten in verschiedenen Fliegenpuppen nachweisen konnte und damit wichtige Erkenntnisse zur Evolution des Parasitismus lieferte. Grundlage dieses Projekts bildeten 1'500 fossile Fliegenpuppen, die grösstenteils aus der Sammlung des Naturhistorischen Museums stammten.

Das Museum arbeitet auch sehr eng mit anderen Museen und Universitäten zusammen, und es wirft Drittmittel für eigene Forschungsprojekte ein, die auf der Sammlung basieren. Das Museum betreut auch Doktorierende und Studierende der Universität oder der FHNW, und zwar in verschiedenen Fachbereichen wie etwa Anthropologie, Zoologie oder auch in der Museumspädagogik.

Der Neubau wäre gerade auch im Hinblick auf die Wissensvermittlung sehr wichtig. Jährlich besuchen mehr als 1'400 Schulklassen aller Bildungsstufen das Museum als ausserschulischen Lernort. Im Neubau könnten auch neue museumspädagogische Konzepte umgesetzt werden und damit das Wissen der Bio- und Geowissenschaften nachhaltiger vermittelt werden. Gerade auch in Anbetracht der bevorstehenden Herausforderungen, welche auf uns und die künftigen Generationen zukommen, ist es wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler für unsere Lebensgrundlagen, Ökosysteme und globale Prozesse sensibilisiert werden.

Auch für Ausstellungen bietet der Neubau neue Möglichkeiten. Schon heute gelingt es dem Museum immer wieder, für ihre Ausstellungen private Sponsorengelder einzuwerben. Auch das ist ein gutes Zeichen, wie stark das Museum in der Stadt verankert ist und dass das Museum interessante Inhalte vermittelt. Beim Verbleiben am alten Ort würde weniger Ausstellungsfläche zur Verfügung stehen und das Museum könnte nicht mehr Schritt halten mit innovativen Ausstellungen und mit neuen Lernkonzepten.

Im Neubau kann das Museum auch mit dem Staatsarchiv noch enger zusammenarbeiten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das sogenannte Spital-Friedhofsprojekt. Dabei hat die Universität Basel mit genetischen Untersuchungen an Skeletten, die in der Sammlung aufbewahrt werden, und mit Hilfe von Akten aus dem Staatsarchiv detaillierte Einblicke in die Lebensbedingungen der Basler Unterschicht im 19. Jahrhundert gewinnen können. Auch die Identifikation Barfüsser-Mumie, die internationale mediale Aufmerksamkeit erregt hat, ist der Zusammenarbeit zwischen Staatsarchiv und Naturhistorischem Museum zu verdanken.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen und den beiden Institutionen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam am neuen Standort neue Wege zu beschreiten.

*Alexandra Dill (SP):* Ich mache es kurz und freudvoll. Dieser Neubau ist aus vielen schon genannten Gründen ein grandioses Projekt und aus vielen schon genannten Gründen ein notwendiges Projekt. Das Staatsarchiv ist nicht nur das Gedächtnis unseres Kantons, es stellt auch für unsere Demokratie zentrale Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns sicher. Das Naturhistorische Museum ist bei jung und alt ein sehr beliebtes Haus, eines der ersten Museen, das Kinder im Laufe ihres Lebens besuchen und eines, das den Museumsbegriff mitprägt.

Es sind keine kleinen Beträge, die wir heute sprechen, aber es käme uns aus ebenfalls vielen schon genannten Gründen teurer zu stehen, diese Chance hier nicht zu ergreifen. Klar, auch Jugend- und Alternativkultur haben Zuwendung verdient, auch für subkulturelle Projekte und Häuser wollen wir uns aussprechen. Das heisst aber nicht, dass wir hier nicht aus

ganzem Herzen Ja sagen zu dieser Vorlage. Und ich bitte auch Sie, Ja zu sagen zu einem Staatsarchiv und einem Naturhistorischen Museum am neuen Standort.

*Jürg Stöcklin (GB):* Ich möchte mich als Biologe und auch als längjähriges Mitglied der Kommission des Naturhistorischen Museums vor allem zu diesem Museum äussern. Ich war Vertreter der Universität.

Ich bin zugegeben auch ein begeisterter und regelmässiger Besucher des Museums. Dieses Museum und seine Sammlung haben eine mehrere hundert Jahre lange Tradition und sie sind aufs engste verknüpft mit der Geschichte der Universität und dieser Stadt, gewissermassen als ihr naturwissenschaftliches Vermächtnis. Die Sammlungen dokumentieren die Biodiversität über einen geologischen grossen Zeitraum und gewisse Sammlungen haben sogar eine weltweit einzigartige Bedeutung. Die Rolle des Museums als Vermittlerin von Wissen über die Vielfalt, die Entstehung und die Entwicklung des Lebens haben einen grossen Stellenwert, und wir wissen alle, dass dieses Museum an seinem aktuellen Standort längst nicht mehr tragbar ist. Dieser Standort genügt weder den Sammlungen noch der aktuellen Ausstellungstätigkeit.

Ich möchte mich hier aber vor allem deutlich gegen die Forderung einer Rückweisung aussprechen. Es ist gesagt worden, dass diese notwendig sei, um eine Plafonierung der Kulturausgaben zu erreichen bzw. dass man nach einer Redimensionierung dieses Projekts dem Ganzen zustimmen könnte. Eine solche Haltung ist für mich unverständlich. Das vorliegende Projekt hat eine langjährige Planungsgeschichte, dabei wurden die Bedürfnisse des Museums und des Staatsarchivs sorgfältig geprüft. Zwei Kommissionen haben sich intensiv mit den Unterlagen und den Begründungen für das Projekt befasst und diese für gut befunden.

Die Forderung nach einer Plafonierung der Kulturausgaben hier und jetzt konkretisiert durch einen Rückweisungsantrag ist eine Infragestellung des Naturhistorischen Museums in seinem aktuellen Verständnis, es ist ein Abbauprogramm, und es wurde sogar davon gesprochen, dass ein Teil der Sammlungen veräussert werden könnten. Aber diese Sammlungen sind Teil des unveräusserlichen Universitätsguts, sie sind laut geltendem Gesetz nicht verkäuflich und diese Sammlungen müssen gepflegt und erhalten werden. Das ist am aktuellen Standort praktisch nicht mehr möglich.

Es ist gut und richtig, dass während der Projektierungsphase die Bedürfnisse des Museums geklärt und diesen mit dem bestehenden Projekt Rechnung getragen werden. Aufgaben und Anforderungen an die Museen sollten in Übereinstimmung gebracht werden mit den zur Verfügung gestellten Mitteln. Das ist das, was hier passiert ist. Eine Rückweisung verbunden mit einem Sparauftrag wäre ein Bruch mit der bisherigen Tradition des Museums. Es würde das Museum in seinem bisherigen Selbstverständnis in Frage stellen.

Und zum Schluss noch eine letzte Bemerkung zum Votum von David Wüest-Rudin, der argumentiert hat, dass die Staatsausgaben auf dem bisherigen Niveau plafoniert werden sollen. Mit diesem Argument kann man praktisch jedes Projekt, jede Ausgabe in Frage stellen. Ich finde diese Argumentation langsam etwas eintönig und nicht sehr spannend. Ich bitte Sie, diesem Projekt mit Überzeugung zuzustimmen.

*David Jenny (FDP):* Ich möchte auf die Voten der geschätzten Kollegen Michael Koechlin und Jürg Stöcklin eingehen. Uns wird gesagt, wenn die Experten die Ansprüche für ihre Institutionen selber definieren, dann dürfen wir uns nicht mehr darüber hinwegsetzen, denn sie haben ja zehn Jahre darüber reflektiert. Das ist eine Abdankung des Parlaments. Zur Einordnung in den grösseren Zusammenhang gehören auch die Finanzen des Gesamtkantons dazu. Das können wir nicht an Experten delegieren. Ich kann die Vertreter jeder Institution fragen, welche Bedürfnisse sie haben, und wenn sie schlau genug sind, können sie gut begründen, warum die Bedürfnisse immer wachsen.

Die Rückweisung bietet die Gelegenheit zu bitten, das Projekt am gleichen Standort mit den gleichen Institutionen mit weniger Ausgaben durchzuführen. Dieser Umweg sollte nicht allzu lange dauern. Ich verrate hier nicht, wie ich stimmen werde, falls diese Rückweisung nicht angenommen wird. Aber das Argument, dass die Experten gesprochen hätten und das Parlament schweigen solle, ist ungenügend.

### Zwischenfrage

*Jürg Stöcklin (GB):* Sind Sie aber einverstanden damit, dass die Arbeit der Kommission Teil der Arbeit dieses Parlaments ist und nicht einfach eine Expertentätigkeit darstellt?

*David Jenny (FDP):* Ich schätze die Expertise der Kommission, der Gesamtüberblick bleibt jedoch dem Gesamtparlament vorbehalten.

*Lea Steinle (GB):* Ich möchte nur kurz etwas zum Einfluss der Architektur auf das Erlebnis eines Museumsbesuchs sagen. Ich selber schätze alte Räumlichkeiten sehr, und im Neubau wird die Geschichte aus dem Baseldytsche Märli von Rolf Schächteli und Sabine nicht mehr zutreffen. Aber eine neue Architektur hat Einfluss auf die Arbeit eines Museums und eines Staatsarchivs. Und ich bin gespannt darauf, was diese neuen Räumlichkeiten bieten werden. Deshalb bitte ich Sie, diesem Ratschlag zuzustimmen.

*Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD:* Ich möchte nur noch einmal betonen, dass wir ein Projekt vorliegen haben, das begeistert, architektonisch und vor allem für die zwei Institutionen. Es ermöglicht dem Staatsarchiv und dem wichtigen Naturhistorischen Museum, erfolgreich in die Zukunft zu gehen. Die Betriebskosten werden höher im

Vergleich zu heute, weil sie heute trügerisch tief sind, da die Infrastruktur zwar billig, aber total ungenügend ist und das Archivgut und das Sammelgut nicht schützt. Hier müssen wir etwas unternehmen, und das wird in jedem Fall etwas kosten.

Bitte bedenken Sie, dass wir bei einem Nein und auch bei einer Rückweisung nicht auf den Punkt Null zurückkommen, sondern eher auf den Punkt -10. Die sehr unterschiedlichen, sehr vagen Ideen der Gegner, die heute geäussert wurden, können nicht innert zwei, drei Jahren umgesetzt werden. Das würde mindestens noch einmal zehn Jahre dauern.

Wir haben seit 2013 die Projektierung für diesen Neubau vorangetrieben. Das hat die Regierung im Auftrag des Grossen Rats getan. Damals wurde schon vorgestellt, dass diese zwei Häuser zusammenkommen. Auch eine Rückweisung würde bedeuten, dass ein neues Projekt erarbeitet werden müsste, man kann dieses Projekt nicht einfach um 20% redimensionieren.

Ich möchte mich bei den beiden Kommissionen für ihre grosse Arbeit bedanken. Sie haben das Projekt intensiv und sehr gründlich geprüft und sind zum Schluss gekommen, diesen Neubau zu unterstützen. Ich bitte auch Sie um Unterstützung.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Zu den Betriebskosten hat Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann soeben noch einmal Ausführungen gemacht. Ich möchte etwas zu den Baukosten ergänzen. 2013 haben Sie den Projektierungsratschlag behandelt, und damals wurden basierend auf einer Grobkostenschätzung Fr. 190'000'000 Investitionskosten beziffert. Grobkostenschätzung heisst +-20%. Jetzt haben Sie den Bauratschlag vorliegen, und darin sind die Baukosten mit Fr. 195'400'000 beziffert, das heisst 2,7% über diesen Fr. 190'000'000 und damit sehr klar innerhalb des gesetzten Finanzrahmens. Hier von einer Kostenüberschreitung oder gar einer Missachtung des Parlamentswillens zu sprechen ist schlicht und einfach unredlich. Wir haben es hier vielmehr mit einer finanziellen Punktlandung zu tun.

Wie ist diese Punktlandung zustande gekommen? Sie ist nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern sie ist das Resultat harter Arbeit in den letzten Jahren. Das Projekt wurde in etlichen Runden kostenoptimiert. Beispielsweise haben wir im Rahmen dieses Optimierungsprozesses die Hauptnutzfläche um 2'400 m<sup>2</sup> reduziert. Man konnte auf ein ganzes Geschoss, nämlich auf das 5. UG, verzichten. Wir haben hier bereits ein kostenoptimiertes Projekt vorliegen.

Wenn Sie das Projekt gutheissen, ist das nicht die letzte Investition für die nächsten 7'000 Jahre im Museumsbereich, dessen sind wir uns alle bewusst. Es werden weitere Investitionen für die Museen auf uns zukommen. Aber es ist beileibe nicht so, dass das irgendwie neue Erkenntnisse wären, dass in den nächsten 20 Jahren Kosten in der Höhe von rund einer halben Milliarde für Museumssanierungen auf uns zukommen. 2013 war Ihnen bewusst, dass die räumliche Situation des Historischen Museums alles andere als optimal ist, und auch das Antikenmuseum hat verschiedene Standorte. Zu verlangen, dass wir die Kosten dessen, was in den nächsten 10 oder 20 Jahren in diesem Bereich investiert werden soll, bereits heute präzise beziffern, ist unseriös. Wenn Sie heute zustimmen, wird als nächstes der Neubau ausgelöst. Wenn dieser fertig gestellt ist, ziehen das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv um, der Berri-Bau wird saniert, und in etwa zehn Jahren zieht dann vermutlich das Antikenmuseum in den Berri-Bau. Heute Kosten auszuweisen, die in zehn Jahren oder noch später anfallen werden, ist gar nicht möglich. Wir werden zu gegebener Zeit mit einem Projektierungskredit auf Sie zukommen für den nächsten Schritt. Dann kann man diese Kosten Stück für Stück beziffern. Aber es ist ein relativ fadenscheiniges Argument, Kostenpräzision zu verlangen, wo naturgemäss zum heutigen Zeitpunkt keine Präzision möglich ist.

Von der neuen Lage sind nicht in erster Linie wir vom Regierungsrat begeistert, sondern die Direktion des Museums und die Leitung des Staatsarchivs. Die Leute, die in diesen Institutionen tätig sind, sind absolut überzeugt und begeistert von diesem neuen Standort. Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis.

Ich bitte Sie, nicht den konfusem Fusionsphantasien, die Joël Thüring heute ausgebreitet hat, zu erliegen. Letztlich heisst das nichts anderes als ein kultureller Kahlschlag, es wird die Fusion von Museen angedacht, sprich die Aufhebung von Museen. Da sind wir seitens der Regierung und der Kommissionsmehrheiten ganz anderer Meinung. Wir möchten diese fünf staatlichen Museen in die Zukunft führen.

A propos Zukunft: Wie steht es denn um die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, Stephan Mumenthaler? Selbstverständlich wird die finanzielle Situation des Kantons Basel-Stadt in den nächsten Jahrzehnten nicht immer so toll aussehen wie heute. Die ökonomische Situation entwickelt sich mal positiv, mal negativ. Aber ich finde es etwas bescheiden, unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen einzig in der finanziellen Dimension zu messen. Wir haben hier die Verantwortung nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in kultureller Hinsicht. Wir sprechen hier über ausserordentlich wertvolle Sammlungsgüter, die nicht nur über Jahrzehnte, sondern über Jahrhunderte hinweg zusammengetragen worden sind, mit akribischer Sorgfalt. Da liegt auch unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Die No-Future-Haltung der FDP-Fraktion finde ich etwas befremdlich. Wir sollten es uns nicht zu leicht machen und dieses wertvolle Sammlungsgut weiterhin dem Schimmelpilz und den Milben aussetzen. Vielmehr sollten wir der Lösung, die heute auf dem Tisch liegt, zustimmen, und zwar nicht mit Unwillen und Zähneknirschen, sondern mit Freude und Begeisterung. Ich bin absolut überzeugt davon, dass unsere Museen diese Unterstützung verdienen, und wir können wirklich mit Freude und Begeisterung dieser Vorlage zustimmen. Man darf durchaus auch ein Bekenntnis dazu ablegen, dass wir die Verantwortung gegenüber diesen fünf traditionsreichen staatlichen Museen wahrnehmen und einen weiteren wichtigen Schritt nicht nur für die nächsten Jahre, sondern für ein Jahrhundert machen.

### Zwischenfragen

*Joël Thüring (SVP):* Wenn alles so toll ist bei den Museen, warum haben wir denn prekäre Situationen beim Historischen Museum, wo Wassereinbrüche zu beklagen sind, feuerpolizeiliche Richtlinien nicht eingehalten werden? Weshalb ist die

Situation im Berri-Bau derart prekär, dass wir jetzt dringend einen Neubau brauchen, wenn Sie in Ihren Departementen seit Jahren alles im Griff haben?

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Abgesehen vom Kunstmuseum und vom Museum der Kulturen wurde in den letzten Jahrzehnten wenig investiert. Darum besteht heute die Notwendigkeit zu investieren, und deshalb habe ich kein Verständnis dafür, wenn man das auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben möchte.

*David Wüest-Rudin (fraktionslos):* Sie haben davon gesprochen, dass wir eine grosse Verantwortung für diese wertvollen Sammlungen haben. Können Sie sich vorstellen, dass man die Bewahrung effizienter oder weniger effizient machen kann, dass man dies in der Ausgestaltung üppiger oder auch weniger üppig machen kann und damit genauso seine historische Verantwortung wahrnehmen kann?

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Selbstverständlich, aber wie ich darauf hingewiesen habe handelt es sich bereits um ein kostenoptimiertes Projekt.

*Stephan Mumenthaler (FDP):* Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass die FDP die Bedürfnisse der beiden Institutionen durchaus anerkennt, den Neubau unterstützt und sich lediglich mehr Bescheidenheit beim Zuwachs der Ausstellungsfläche und entsprechend bei den Betriebskosten wünscht? Oder inwiefern erachten Sie diese Haltung als eine No-Future-Haltung?

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Ich halte diese Position für in sich selbst widersprüchlich. Wenn die FDP diese Institutionen wirklich unterstützen möchte, bitte ich die FDP noch einmal über die Bücher zu gehen und beherzt und freudig Ja zu stimmen.

*Christian Meidinger (SVP):* Ich bin Neuling, weil das Geschäft schon so alt ist. Mir kommt immer in den Sinn, dass die Messe Basel auch ein Problem hat mit leerstehenden Hallen. Hat man auch schon an diese Möglichkeit gedacht?

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Nein.

*Franziska Reinhard Vizepräsidentin BKK:* Ich möchte mich für die interessante Diskussion danken, und ich kann Ihnen versichern, dass genau diese Diskussion auch in der Kommission geführt wurde. Wir haben uns sehr viel Zeit genommen und waren uns durchaus bewusst, dass dies ein Geschäft ist, das schon lange in Arbeit ist. Selbstverständlich haben wir das Fachwissen einbezogen und die Experten befragt.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, diesen zu danken. Die Direktoren David Alder und Basil Thüning haben uns mit viel Herzblut gezeigt, wo der Bedarf und wo die Wichtigkeit ist. Gleiches gilt für die Archivleiterin Esther Bauer. Wir konnten von der Dringlichkeit überzeugt werden. Diese Dringlichkeit hat heute Nachmittag auch niemand bestritten.

Was aber bleibt sind die offenen Fragen. Die Nachnutzung des Berri-Bau: Wir wissen nicht, welche Kosten da noch auf uns zukommen. Wir wissen auch nicht, was es bedeutet, wenn wir dieses Geld jetzt sprechen, ob es dann in einem nächsten Projekt Kürzungen geben wird oder nicht. Im Moment ist eine Mehrheit der Kommission davon überzeugt, dass das Geld reicht und dass wir die Mittel haben, um diesen Neubau zu erstellen.

Auch in der Kommission wurde ein Antrag auf Rückweisung gestellt. Dieser ist aber mit 8 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht durchgekommen. Ich möchte mich nicht zuletzt beim Präsidialdepartement und bei der Abteilung Kultur sehr herzlich bedanken, die uns in diesem Prozess sehr intensiv begleitet haben.

*Jeremy Stephenson, Präsident BRK:* Wenn gewisse Exponenten der SVP und FDP ein Bashing gegen das Präsidialdepartement vom Zaun reissen wollen, dann sollen sie das tun und auch entsprechend verantworten, aber nicht auf dem Buckel des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs. Das Naturhistorische Museum ist mehr als sanierungsbedürftig. In den nächsten Wochen und Monaten müssen Hunderttausende von Franken investiert werden, damit nicht absolut wichtiges Kulturgut kaputt geht. Wenn wir jetzt diesen Ratschlag zurückweisen, ist es naiv zu glauben, in drei oder vier Wochen würden wir uns mit einem neuen Ratschlag wiedersehen. Das ist absolut ausgeschlossen, dies würde Jahre dauern. In dieser Zeit leiden das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv in einem Masse, das nicht mehr zu verantworten ist.

Die Bau- und Rauplanungskommission hat sich monatelang mit diesem Geschäft beschäftigt. Wir haben Experten gehört aus der Baubranche, aus der Finanzbranche, aus dem Museumsbereich. Wir haben Hunderte von Fragen gestellt, auch wir haben die Frage gestellt, ob es nicht ein bisschen billiger sein könnte und wo man sparen könnte. Wie Regierungsrat Hans-Peter Wessels gesagt hat, ist es bereits ein optimiertes Projekt, das sie uns vorgelegt haben. Natürlich kann man nun einfach die oberen zwei Stockwerke wegrasieren. Aber das ist nicht Kulturpolitik, wie sie sein sollte.

Die BRK hat wirklich alle Möglichkeiten mit den Fachleuten geprüft, und wir sind zu keinem anderen Schluss gekommen, als was hier im Ratschlag vorgelegt wird. Deshalb bitte ich Sie, diesem Ratschlag zuzustimmen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

### Abstimmung

über die Rückweisung an den Regierungsrat

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**27 Ja, 67 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 754, 09.01.19 16:21:10]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Ratschlag nicht zurückzuweisen.

### Detailberatung

*Remo Gallacchi, Grossratspräsident:* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, die Detailberatung anhand eines neuen Grossratsbeschlusses vorzunehmen. Die beiden Grossratsbeschlüsse aus dem Kommissionsbericht sind dafür in einem Grossratsbeschluss zusammengefasst.

*Jeremy Stephenson (LDP):* **beantragt** Beratung anhand eines neuen Grossratsbeschlusses.

Wir haben den Ratschlag mit zwei Beschlüssen, einem Finanzbeschluss und einem Bau- und Zonenplanbeschluss. Seit einigen Jahren wird in der BRK eine Praxis ausgeübt, wo man bei Einheit der Materie zwei Beschlüsse zusammenlegt in einen Beschluss. Ich will kurz aus einem Bericht zum Multiplexkino vorlesen: "Es zeigt sich an diesen Beispielen, dass es wünschenswert ist, die einzelnen Grossratsbeschlüsse zu einem einzigen Beschluss zusammenzufassen. Es kommt hier ein allgemeiner Grundsatz zur Anwendung, der für referendumpflichtige Beschlüsse in besonderer Weise gilt. Teilbeschlüsse, welche logisch derart zusammenhängen, dass der eine sinnvollerweise nicht ohne den anderen bestehen kann, sind in einer einzigen Beschlussvorlage zusammenzufassen."

Ich meine, dass auch das heutige Geschäft ein solches Beispiel ist, und deshalb habe ich den Antrag gestellt, diese beiden Beschlüsse zusammenzulegen. Die Vorlage liegt auf Ihrem Pult.

*Sebastian Kölliker (SP):* **beantragt** Beratung anhand der zwei Beschlüsse aus dem Kommissionsbericht.

Die SP-Fraktion hat diesen Antrag besprochen und sie möchte bei zwei Grossratsbeschlüssen bleiben. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen und bei der vorläufigen Beschlussvorlage zu bleiben.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie, dem Antrag der BRK zuzustimmen. Es ist kein Geheimnis, dass die SVP Basel-Stadt heute Mittag beschlossen hat, das Referendum zu ergreifen, sollten Sie keinem obligatorischen Referendum zustimmen. Es sind zwei Grossratsbeschlüsse. Selbstverständlich ergreifen wir nicht gegen zwei Grossratsbeschlüsse das Referendum. Wer gegen den Bebauungsplan ist, ist immer auch gegen die entsprechende Finanzierung und umgekehrt. Entsprechend ist es richtig, dass wir das zusammenfassen. Das geschieht nicht zum ersten Mal. Andreas Albrecht, der frühere Präsident der BRK, hat sich immer sehr darüber geärgert, wenn die Regierung zwei Grossratsbeschlüsse vorgelegt hat. Ich bitte Sie, im Sinne einer Praxis dem Antrag der BRK zuzustimmen.

*Luca Urgese (FDP):* Ich finde es bedauerlich, dass die SP-Fraktion nicht begründet hat, warum sie gegen das Zusammenführen der beiden Beschlüsse ist. Das macht Sinn, Sie müssen auch keine Angst haben. Die FDP hat erklärt, dass sie das Referendum nicht ergreifen oder unterstützen wird. Der Antrag macht schlicht und einfach Sinn, es macht keinen Sinn, den einen Beschluss bestehen zu lassen und den anderen mit einem Referendum zu bekämpfen. Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie das Geld zur Verfügung haben, wenn der Bebauungsplan an der Urne scheitert, oder umgekehrt. Deshalb macht es Sinn, das in einen Beschluss zusammenzuführen. Das darf man unterstützen, unabhängig davon, ob man für oder gegen diesen Neubau ist. Es geht darum, mit einer Abstimmung Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen und zu verhindern, dass es zu widersprüchlichen Entscheiden kommt.

*Sebastian Kölliker (SP):* Die SP-Fraktion hat den Antrag beraten. Der Antrag lag der BRK nicht auf dem Tisch. Wir finden es sinnvoller, bei zwei Beschlüssen zu bleiben, es handelt sich um zwei materiell verschiedene Dinge. Ich bin sicher, dass bei Ergreifen des Referendums das auf ordentlichem Weg zur Abstimmung kommen kann.

### Zwischenfrage

*Joël Thüring (SVP):* Sie gehen schon mit mir einig, dass das Projekt insgesamt scheitert, wenn das Referendum gegen den einen Beschluss angenommen wird?

*Sebastian Kölliker (SP):* Selbstverständlich würde ich den Volkswillen als höher gewichten als diese Formalität.

*David Jenny (FDP):* Schliessen Sie aus, einer Privatisierung des Projekts zuzustimmen, wenn der Zonenplan genehmigt aber die Finanzierung verweigert wird?

*Sebastian Kölliker (SP):* Ich persönlich würde das ausschliessen. Als freisinnig-demokratische Person müsste man sich doch auch überlegen, das Ganze noch einmal dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, wenn ein Privater mit Fr. 250'000'000 kommt.

*RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD:* Der Regierungsrat widersetzt sich dem Antrag überhaupt nicht. Inhaltlich läuft es aus unserer Sicht auf das Gleiche hinaus. Es ist üblich, das separat vorzulegen. Ein Grund ist, dass die Bebauungspläne Eingang finden in die systematische Gesetzessammlung. Diese hat langjährig Bestand, und es ist teilweise sachfremd, wenn ein Kredit da Eingang findet. Es stört aber auch nicht wahnsinnig, es handelt sich eher um Gesetzesästhetik.

Wenn das Referendum gegen den einen oder anderen Beschluss ergriffen werden würde, die Unterschriften zusammenkämen und in der Volksabstimmung die Vorlage abgelehnt würde, dann würde die Regierung selbstverständlich nicht irgendwelche Trickereien anstellen, vielmehr wäre für sie das Projekt dann gestorben.

Das einzige Störende ist, dass diese Diskussion nicht in der Kommission geführt worden ist. Der Kommissionspräsident und ich haben uns bereits darüber abgesprochen, dass wir in künftigen ähnlichen Fällen die Vorlage so liefern, wie Sie es wünschen.

### **Abstimmung**

Zur Detailberatung anhand zwei Grossratsbeschlüssen oder einem zusammengefassten Grossratsbeschluss

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BRK für einen zusammengefassten Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung gemäss Antrag der Fraktion SP

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 755, 09.01.19 16:32:22]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Detailberatung anhand des zusammengefassten Grossratsbeschlusses vorzunehmen.

### **Detailberatung**

Titel und Ingress

I. Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt

Ziffer 1

Alinea 1 – 5

Ziffer 2

II. Zonenplanänderung

III. Festsetzung des Bebauungsplans

Ziffer 1

Ziffer 2

a – j

Ziffer 3

IV. Zuweisung der Lärmempfindlichkeitsstufe

V. Änderung des Wohnanteilsplans

VI. Änderung von Bau- und Strassenlinien

VII. Einschränkung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 165

VIII. Publikation und Referendumsfrist

*Remo Gallacchi, Grossratspräsident:* Hier beantragt die Fraktion SVP das Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

### **Abstimmung**

Unterstellung unter das obligatorische Referendum

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**24 Ja, 69 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 756, 09.01.19 16:35:18]

**Der Grosse Rat beschliesst**

Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion SVP.

**Detailberatung**

Rechtsmittelbelehrung

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum bereinigten Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

**Ergebnis der Abstimmung**

**71 Ja, 19 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 757, 09.01.19 16:36:21]

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

**I. Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt**

1. Für den Neubau für das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv Basel-Stadt werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 214'061'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 165'250'000 für den Bau des Naturhistorischen Museums Basel und Staatsarchivs Basel-Stadt, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 „Hochbauten im Verwaltungsvermögen“
- Fr. 31'840'000 für Mobiliar und Einrichtung des Naturhistorischen Museums Basel und Staatsarchivs Basel-Stadt, zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 7 „Kultur“
- Fr. 14'770'000 für die Eröffnung, den Umzug des bestehenden Mobiliars, der Archive, Sammlungen und Arbeitsmittel von den heutigen Standorten des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs in den Neubau sowie die projektgebundenen internen Kosten als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements
- Fr. 2'011'000 als jährliche Folgekosten für den Betrieb des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements
- Fr. 190'000 als jährliche Folgekosten für die Instandhaltung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen

2. Die Parzellen 2594 und 2595, Sektion 1 des Grundbuchs Basel, haltend 4'675 m<sup>2</sup> und 563 m<sup>2</sup>, sind für die Erstellung des Neubaus für das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv Basel-Stadt vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu übertragen. (Inkraftsetzung per 1. Januar 2019)

**II. Zonenänderung**

Der Zonenänderungsplan Nr. 14'000 des Planungsamtes vom 30. März 2017 wird verbindlich erklärt.

**III. Festsetzung eines Bebauungsplans**

1. Der Bebauungsplan Nr. 13'998 des Planungsamtes vom 30. März 2017 wird verbindlich erklärt.

2. Der Bebauungsplan beinhaltet folgende Vorschriften:

- a. In den Baubereichen A, B und C ist ein Gebäude mit einer kulturellen Nutzung zulässig. Zudem sind die für den Betrieb notwendigen weiteren Nutzungen sowie Gastronomie zulässig.
- b. Soweit nicht anders bestimmt, ist die zulässige Bruttogeschossfläche sowie die Anzahl Geschosse frei.
- c. In den Baubereichen A und B dürfen die im Schema A-A dargestellten Wandhöhen nicht überschritten werden.
- d. Dachgeschosse sind nicht erlaubt.
- e. Im Baubereich A dürfen Anlagen, die aus technischen Gründen über dem Dach liegen müssen, die Wandhöhe um maximal 1.5m überschreiten. Im Baubereich B darf die Wandhöhe nicht durch Anlagen oder Aufbauten überschritten werden.
- f. In Bereich F ist eine Boulevardbestuhlung für die Gastronomie des Gebäudes zulässig.

- g. Die Anlieferung des Gebäudes hat über den im Plan dargestellten Punkt am südlichen Ende des Gebäudes zu erfolgen.
  - h. Mit Blick auf die bestehenden ökologischen Qualitäten und unter Berücksichtigung des Biotopverbundes sind zum Ersatz und ökologischen Ausgleich geeignete Massnahmen zu ergreifen. Die Massnahmen sind im Baubewilligungsverfahren aufzuzeigen.
  - i. Das Gebäude ist umweltschonend und energieeffizient zu erstellen und zu betreiben. Auf eine Zertifizierung kann verzichtet werden.
  - j. Die notwendige Anzahl Veloabstellplätze für Besucherinnen und Besucher darf auch ausserhalb des Areals angeordnet werden.
3. Das zuständige Departement kann Abweichungen vom Bebauungsplan zulassen, sofern dadurch die Gesamtkonzeption nicht beeinträchtigt wird.

#### **IV. Zuweisung der Lärmempfindlichkeitsstufe**

Die Zuweisung der Lärmempfindlichkeitsstufe gemäss Plan Nr. 14'004 des Planungsamtes vom 30. März 2017 wird genehmigt.

#### **V. Änderung des Wohnanteilsplans**

Die Änderung des Wohnanteilsplans gemäss Plan Nr. 14'002 des Planungsamtes vom 30. März 2017 wird genehmigt.

#### **VI. Änderung von Bau- und Strassenlinien**

Der Bau- und Strassenlinienplan Nr. 14'005 des Planungsamtes vom 30. März 2017 für die Bau- und Strassenlinienänderung im Bereich Entenweidstrasse wird genehmigt.

#### **VII. Einschränkung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 165**

Der Grossratsbeschluss betreffend Bebauungsplan für das Gebiet Bahnhof St. Johann / Voltastrasse vom 15. Januar 2003 wird im Geltungsbereich des vorliegenden neuen Bebauungsplans aufgehoben.

#### **VIII. Publikation und Referendumsfrist**

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle einer Volksabstimmung am fünften Tag nach Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

#### **Rechtsmittelbelehrung:**

Gegen Römisch II bis VIII dieses Beschlusses kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Neue Einwände sind ausgeschlossen, wenn sie bereits im Einspracheverfahren hätten vorgebracht werden können.

Der Rekurs ist innerhalb von zehn Tagen nach der Zustellung dieses Beschlusses beim Verwaltungsgericht anzumelden. Innerhalb von 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die Rekursbegründung einzureichen, welche die Anträge der Rekurrentin oder des Rekurrenten und deren Begründung mit Angabe der Beweismittel zu enthalten hat.

Bei völliger oder teilweiser Abweisung des Rekurses können die amtlichen Kosten, bestehend aus einer Spruchgebühr sowie den Auslagen für Gutachten, Augenscheine, Beweiserhebung und andere besondere Vorkehren, der Rekurrentin oder dem Rekurrenten ganz oder teilweise auferlegt werden.